Beilage: Erklärung zur Auflösung der GRFB und des KJVD

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 17 vom 5. Mai 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Breschnew - Brandt - D'K'P:

Eine Front der Konterrevolution !

In der politischen Weltarena der Imperialisten finden zur Zeit heftige Schlachten statt. Es geht um Rohstoffe, Absatz- und Investitionsmärkte, es geht um Einflusszonen auf der Welt, es geht um Macht.

Erstmals stattet ein Chef des sowjetischen Sozialimperialismus den Bonner Revanchisten einen Besuch ab. Das zeigt, der deutsche Imperialismus spielt keine Aussenseiterrolle mehr im Konzert der Weltbeherrscher. Die DBR wird immer mehr als ein ernstzunehmender Partner im Kampf um die Beherrschung und die Neuverteilung der Welt erkannt. Ein Ausdruck dafür ist der Breshnew-Besuch in Bonn (siehe auch S.6).

Doch die verschärfte Ausbeutung bringt den Widerstand der Arbeiterklasse hervor. Dieses ganze Jahr wird von Streikkämpfen durchzogen. Die Ausbeuter und Sklaventreiber bekommen die Faust der Arbeiterklasse zu spüren, ob im Lohnkampf, ob im Kampf gegen das Mieterelend, gegen Preistreiberei, ob im Kampf gegen den Imperialismus.

Fortsetzung auf S.2

Nach dem Debakel im zweiten Weltkrieg sind die alten deutschen Finanzmagnaten in Westdeutschland wieder zu neuer Macht gekommen, täglich wächst ihre Kraft weiter an. Der westdeutsche Imperialismus expandiert. Mit ungeheuren Auslandsinvestitionen versucht er sich überall auf der Welt festzusetzen, in besonderem Maße auf dem neu eröffneten Ostmarkt. Milliarden Steuergelder verschlingt die westdeutsche Rüstungsindustrie, bringen den Stahlbossen von Ruhr und Saar riesige Profite, dient der Politik der militärischen Erpressung und des imperialistischen Raubkrieges.

Stützen tut sich eine solche Politik auf verschärfte Ausbeutung und Versklavung der arbeitenden Bevölkerung, eine solche Politik wird aus den Knochen der Arbeiterklasse herausgewirtschaftet. Lohnraub, wie das 8,5%-Lohndiktat, um konkurrenzfähige Preise auf dem Weltmarkt bei wachsenden Profiten zu erwirtschaften, Rationalisierung, Überstundenschinderei, gesteigerte Arbeitshetze, um die riesigen Auftragsbestände in Rekordzeit zu erfüllen, eine täglich wachsende Inflationsrate, frißt die Taschen der Werktätigen leer.



Die Bielefelder Bevölkerung solidarisiert sich mit dem Kampf um das Arbeiterjugendzentrum.

Trotz alledem - vorwärts im Kampf !

Sonntag, 30.April. Wie der Tagesspiegel berichtet, sollen zum Anlaß des Breshnew-Besuchs die KPD/ML und andere marxistisch-leninistische Organisationen verboten werden. Sowohl im Parlament, im Innenministerium, als auch der Innenministerkonferenz der Länder sei die Illegalisierung beschlossene Sache.

Über dem Ruhrgebiet hängt nach wie vor Demonstrationsverbot. In Duisburg und Düsseldorf wurde versucht, Demonstrationen der KPD/ML mit Polizeigewalt zu zerschlagen. Die Maidemonstration in Dortmund soll nach Aussage von Innenminister Weyer ebenfalls verboten werden.

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Schriftleitung: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Unsere Gefallenen.

Trotz alledem!

Fortsetzung auf Seite 2

Hausbesetzung !

Die Hausbesetzungen im Frankfurter Westend, in Düsseldorf, Hamburg, Bielefeld, Buxtehude, Mannheim und anderen Städten verfolgen zwei Ziele. Die Arbeiterjugend und die Schüler wollen Jugendzentren, wo sie sich erholen können, wo sie mit Gleichaltrigen ihrer Klasse und Herkunft diskutieren und Arbeitsgruppen kultureller und politischer Art bilden können. Frei vom Zwang der Jugendämter und vom Sumpf der 'Subkultur'.

Zum anderen sind die Hausbesetzungen Teil der allgemein anwachsenden Mieterbewegung gegen Wucher, Spekulantentum und der Zerstörung von Wohnraum durch Sanierung im Interesse der kapitalistischen Profitwirtschaft.

In Hamburg wurde das zum Abbruch bestimmte Wohnhaus, Eckhoffstr.39, von rund 100 Jugendlichen besetzt. Die Lehrlinge und Schüler hatten es satt, in winzigen Zimmern für hohe Mieten wohnen zu müssen. 'Bild' hat die Jugendlichen schon mit dem üblichen hysterischen Aufschrei 'Politrocker, Kriminelle, Terroristen' bedacht. Komisch, dass sich die Bevölkerung des Stadtteils weitgehend mit den 'Politrockern' solidarisiert!

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT:

Daimler-Betriebsräte gegen den 'Roten Mercedes' S.3
Lohnraub, Teuerung: 'Die Lage ist ernst!' – für wen?! S.3
Arbeiterkorrespondenzen S.3
Trotz Verbot – Heraus zum roten 1.Mai S.4
Westdeutsche Polizei foltert S.4
KPS/ML: Schweizer Waffen für die Bundeswehr S.4
Philippinen: Bewaffneter Kampf schreitet voran S.5
Kambodscha: Massendemonstrationen gegen Lon-Nol-Clique S.5
'Hier ist Radio Titana!' S.5
Imperialisten wollen Neuaufteilung der Welt S.6
Hände weg von der KPD/ML! ... S.7
Presseerklärung der KPD/ML zum Demonstrationsverbot S.7
Leserbriefe S.7
Bauern: Das Wichtigste ist die politische Macht S.8
Paragraf 218: Kapital mordet Kinder S.8
Fernseh-Demokratie S.8
Beilage 1: Auflösung der Gruppe Rote Fahne (Bochum), Auflösung des KJVD
Beilage 2: Roter 1.Mai 1973 (Berichte)

Fortsetzung von Seite 1

Trotz alledem....

Haben wir ihn wieder, den Faschismus? Nein – die offene Diktatur des Finanzkapitals, die Zeit, in der die Bourgeoisie jeglichen demokratischen Schleier über ihre Kapitals-Herrschaft fallen lässt, ist noch nicht da. Aber wir sind auf dem besten Wege dahin.

Die deutsche Bourgeoisie lässt ihren demokratischen Schleier recht ungern fallen. Zu sehr sind trotz allem Totschweigen und Weisswaschen, ihre Verbrechen während des Hitlerfaschismus noch im Bewusstsein unseres Volkes. Und wer die heutige Entwicklung sieht, auch all jene, die mit den Marxisten-Leninisten **nicht** sympathisieren, der wird doch unruhig:

– wenn heute Kommunisten ins Gefängnis wandern, allein schon weil sie in ihrer Presse von der Revolution reden und schreiben – wann wird dann **jedem** verboten, von Mietwucher, Lohnraub und Unterdrückung zu sprechen und zu schreiben?!

– wenn heute Kommunisten verboten wird, am 1.Mai zu demonstrieren, wann werden dann mit der gleichen Begründung Demonstrationen wie die der Hoescharbeiter, oder der norddeutschen Oberschüler, von Kindergärtnerinnen usw. verboten...?!

– wenn heute marxistisch-leninistische Organisationen als kriminelle Vereinigungen verboten werden, wenn laut Gesetz alle mit ihnen nur Sympathisierenden ebenfalls verfolgt und 'illegalisiert' werden – wer wird dann morgen als nächster zum 'Sympathisanten' erklärt werden, weil er unbequem für die Herrschenden wird?!

– wenn heute diese angeblich so feste 'Demokratie' mit all ihren Machtmitteln Polizei, Justiz, Presse, Fernsehen usw. nicht in der Lage ist das sogenannte 'Häuflein isolierter Sektierer' mit den herkömmlichen 'demokratischen Mitteln' zu schlagen – welche Mittel werden sie erst gegen hunderttausende kämpfende Arbeiter einsetzen?!

Solche Fragen muss sich jeder stellen, wenn er auch noch nicht für den Kommunismus ist, wenn er aber nur einen Funken aus der deutschen Vergangenheit gelernt hat!

Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten

Imperialismus bedeutet Reaktion auf der ganzen Linie, sagt Lenin. Kaum eine Kommunistische Partei, die wirklich am revolutionären Kampf festhielt, konnte in den letzten 50 Jahren über längere Zeit 'legal' bleiben.

Trotzdem kämpfen wir Kommunisten um jedes Stück Legalität. Rede- und Demonstrationsrecht wurden der Bourgeoisie von der Arbeiterklasse abgerungen. Kampflos werden wir auf diese Positionen im Klassenkampf nicht verzichten.

Wir wissen, dass wir niemals völlig ohne die Ausnutzung legaler Möglichkeiten, die Anwendung legaler Kampfformen auskommen werden. Selbst in der tiefsten Nacht des Hitlerfaschismus benutzte die illegale KPD die sogenannten 'Wahlen' des III.Reiches aus für ihre Agitationsarbeit.

Klares Festhalten an der Lösung unserer Kampfaufgaben, weitere Verankerung in den Betrieben und der Arbeiterklasse, das Vertrauen der Massen gewinnen – das ist der wichtigste Schutz gegen die Angriffe der Bourgeoisie.

Die grosse Gefahr ist der Revisionismus. Verfolgung und Verbot dürfen nie dazu führen, dass wir den revolutionären Geist der Thälmann-KPD über Bord werfen um den Preis der 'Legalität', wie es die KPD/DKP tat. Die KPD/ML wird ihre revolutionäre Linie nicht opfern. Die Vorteile der Legalität – so sagte Lenin – sind auch eine Falle der Bourgeoisie, mit der sie Revolutionäre zu Kapitulanten und Verrätern an der Sache der Revolution zu machen versucht.

Leichtfertiges Aufgeben legaler Kampfmöglichkeiten, Isolierung von den Massen (Beispiel RAF), wie auch der Verzicht auf den revolutionären Charakter der Partei in der Hoffnung auf 'Gnade' der Bourgeoisie (Beispiel: KPD/DKP) – beides hat eine revisionistische Grundlage: Die Überschätzung der Kräfte der Bourgeoisie, das mangelnde Vertrauen in die revolutionare Kraft der Arbeiterklasse.

Gerade in der Zeit der zunehmenden Faschisierung erweist sich die unabdingbare Notwendigkeit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Nur ein solcher kommunistischer Kampfstab, der keinerlei Illusionen über den Charakter dieses Systems und über den Weg seiner Beseitigung in sich trägt, ein solcher Kampfstab ist notwendiger denn je, um die Arbeiterklasse in den Zeiten des Terrors der Bourgeoisie zu führen.

Die Bourgeoisie kann die KPD/ML mit ihren Gesetzen verbieten und mit allen Sorten ihrer Polizei verfolgen. Aber sie kann die KPD/ML nicht aus der Welt schaffen.

Hausbesetzung....

Fortsetzung von Seite 1

Noch in der ersten Nacht der Hausbesetzung schrieben die Jugendlichen ein Flugblatt. Sie erklärten darin der Bevölkerung, weshalb sie Helme und Gesichtstücher tragen:

"Wir wollen keinen Putz und keine Schlägerei – wir würden ein leerstehendes Haus lieber friedlich beziehen, aber die Spekulanten sitzen am Drücker, die Bullen marschieren für sie und gegen uns... Deshalb müssen wir uns darauf einrichten, dass uns die Hundertschaften der Polizei mit Wasserwerfern, Gummiknüppeln, Tränengas und Hunden herausholen wollen. Dass sie uns photographieren, um uns einzeln vor ihre Richter zu bringen. Sollen wir dem wehrlos gegenübertreten?"

Und dass die Bourgeoisie und ihre Staatsbüttel vor keiner Gewalttat zurückschrecken, das bewies dann auch ein Vorfall, der sich später ereignete:

Nahe dem besetzten Haus, fährt ein Polizeiwagen mit Vollgas auf eine Gruppe der Hausbesetzer los, diese konnten sich nur noch knapp retten. Wörtlicher Kommentar der Bullen über Lautsprecher: "Wir wollen euer Blut."

Hamburg ist ein Beispiel unter vielen:

In Bielefeld findet schon seit geraumer Zeit ein Kampf um ein Arbeiterjugendzentrum statt (RM Nr. 15, S.8). Wie in Hamburg ist auch hier die Rote Garde aktiv dabei. Wichtig dabei war, dass die Rote Garde die Jugendlichen davon überzeugen konnte, dass es nicht um das Jugendzentrum, um Selbstverwaltung usw. alleine geht, sondern um den Kampf der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System, den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterjugend insbesondere. Das Aktionskomitee für das Arbeiterjugendzentrum stellte deshalb neben den Forderungen in Bezug auf das Haus, auch Forderungen wie: 600 DM Existenzlohn für Lehrlinge, Streikrecht für Lehrlinge, für freie politische Betätigung in Schule und Betrieb, Kampf der politischen Disziplinierung.

Am Ostersonntag, besetzten dann die Jugendlichen demonstrativ das sogenannte Haus der offenen Tür, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. 5 Tage lang, wagte die Staatsgewalt nichts zu unternehmen, denn breite Teile der Bevölkerung unterstützten die Aktion. Geldspenden wurden gesammelt, ein Bäckermeister spendete 50 Brote zur Verpflegung der Besetzer. Um die tausend Arbeiter und Werktätige versammelten sich vor dem Haus.

Als dann am 26.4. um 17 Uhr das Haus zur Besichtigung für die Bevölkerung von den Jugendlichen freigegeben wurde, war der Andrang gross. Jetzt merkte die Staatsgewalt, dass der Kampf nicht von alleine abflaute, sondern immer weiter anwuchs. Jetzt rückten sie mit Polizeikonvois an.

Die Vollversammlung der Hausbesetzer hatte für den Fall des Eingreifens der Polizei bereits vorher beschlossen, dass es nicht sinnvoll sei, sich in Kampfhandlungen mit der Polizeiübermacht einzulassen, sondern, dass es diesesmal günstiger sei, als taktisches Mittel den passiven Widerstand auszuüben.

Um 18 Uhr rückten die Bullen an, mit Knüppel, Hunden und Schutzschildern bewaffnet. Rücksichtslos wurde verhaftet, ob Besucher oder Besetzer, das war den Polizeischergen völlig gleich. 144 Mann wurden mitgeschleift, 30 wurden zur weiteren Vernehmung nach Bielefeld ins Hauptquartier gebracht.

Die Empörung in der Bevölkerung über den Polizeiüberfall war gross, über dreihundert Personen beteiligten sich auf der spontanen Demonstration dagegen. Bei vielen Zuschauern sind so manche Illusionen über den demokratischen westdeutschen Staat ausgeräumt worden. Sie haben gesehen, dass es Gewalt ist, mit der die Bourgeoisie alles niederzuwalzen versucht, was ihrer Herrschaft im Wege steht.

Eine Front der....

Fortsetzung von Seite 1

Die Bourgeoisie reagiert gegen die aufbegehrende Arbeiterklasse mit gesteigertem Terror, mit ständig wachsenden Unterdrückungsmaßnahmen.

Die wachsende Expansion des westdeutschen Imperialismus, zieht so eine wachsende Faschisierung im Inneren nach sich.

Jetzt richtet sich der Schlag der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Organisation des Proletariats, gegen seine Partei.

"Nach anfänglichem Zögern strebt das NRW-Innenministerium jetzt doch ein Verbot der linksextremistischen Gruppen und Vereinigungen an...", das steht in der Kölnischen Rundschau vom 25.4.

Die Hetzkampagne ist in vollem Gange, aber sie wird nicht hauptsächlich von den altbekannten reaktionären Kräften getragen, wie man zu glauben versucht sein sollte. Mit an vorderster Front in dem Progrom gegen die Kommunisten steht die D'K'P. Die D'K'P fordert offen auf, die von ihr als Chaoten bezeichneten Kommunisten "im Verein mit der Staatsmacht zu zerschlagen". Die FAZ schreibt am 26.4.

"Die D'K'P fordert hierzu den uneingeschränkten Einsatz des Verfassungsschutzes, der uniformierten Polizei und der politischen Kommissariate der zuständigen Kriminalpolizei." Die D'K'P, die bürgerliche Agentur in der Arbeiterbewegung, die vom Kommunismus redet, die den Kommunismus wo er sich aber zeigt bis aufs Messer bekämpft, zeigt was sie ist – ein Stoßtrupp der Konterrevolution.



Die D'K'P will dem Imperialisten Breshnew einen großen Empfang bereiten. Sie zeigt sich als aktivster Vorkämpfer der Politik der Zusammenarbeit der BRD-Imperialisten mit den sowjetischen Sozialimperialisten. Die D'K'P hat Angst davor, dass dem modernen Revisionismus, mit seinem klassischen Vertreter, der Sowjetunion von heute, die Maske vom Gesicht gerissen werdne könnte. Die D'K'P muss vermeiden, dass die Arbeiterklasse die Tatsache erkennt, dass der Machtantritt des Revisionismus, gleichbedeutend ist mit dem Machtantritt der Bourgeoisie. Damit hat die Bourgeoisie eine Situation erreicht, in der sie eine weitestgehende Einheitsfront aller konterrevolutionärer Kräfte von D'K'P bis CSU/NPD gegen die Kommunisten geschmiedet hat, eine denkbar günstige Situation, um mit Verbot und Terror gegen die Kommunisten und ihre Partei vorzugehen.

Während die bürgerliche Presse schreibt: "Wegen des erwarteten Breshnew-Besuchs, gegen den ebenfalls Aktionen der Linksextremisten angekündigt sind, wird der Verbotsschritt für dringend gehalten" (Kölnische Rundschau, 25.4.), fällt die D'K'P in ihrem Schmierblatt UZ von der anderen Seite über die Kommunisten her: "...maoistische Gruppen haben ... provokatorische Aktionen gegen die Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD anläßlich des Besuches von Leonid Breshnew in der Bundesrepublik angekündigt. Damit ist ein weiterer Beweis der Übereinstimmung maoistischer Splittergruppen mit den faschistischen revanchistischen Rechtskräften geliefert."

Ja, der Beweis ist geliefert, nur eben umgekehrt. Wer verhandelt denn mit den westdeutschen Revanchisten um die Neuverteilung der Machtsphären in Europa und der Welt, das ist doch der so heiß gepriesene 'Friedensbringer' Breshnew. Wer arbeitet denn mit den alten deutschen Faschisten zusammen, wer schätzt denn ihren Kapitalistenstaat, das sind doch die Revisionisten der D'K'P. Gemeinsam stehen sie in einer Front, gemeinsam mit den Strauß, Genscher, Schreiber, Weyer, brüllen die Bachmanns und Reimanns von der D'K'P. Schlagt sie tot die Kommunisten, verfolgt sie, verbietet sie. Die D'K'P zeigt deutlich, sie ist ein reines Instrument des Kapitalistenstaates, sie sind die Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung gegen die Revolution, sie sind das Öl an der Guillotine, die der Arbeiterklasse den Kopf abschlagen soll.

Korrumpierte Arbeiterverräter sitzen an der Spitze der D'K'P, sie drängen sich an den Futtertrog des Kapitals, um in den Aufsichtsräten der Monopole mitzubestimmen, um am bürgerlichen Regiment mitzuregieren, mitzuunterdrücken, mitzuverdienen. Arbeiteraristokraten hat sie Lenin genannt. Leute, die ihre Klasse völlig verraten haben, sich vollständig auf die Seite der Bourgeoisie gestellt haben.

Diese Bestechung gelingt der Bourgeoisie bei einigen verkommenen Elementen. Die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit aber läßt sich nicht bestechen, unbeirrbar schreitet sie auf dem Weg der Zerschlagung der Herrschaft der Ausbeuter und Unterdrücker voran, der Gedanke des Kommunismus hat in ihr Fuß gefaßt, er läßt sich nicht mehr austreiben. Je mehr das Kapital und seine Handlanger ihre faschistoide Fratze offenbaren, desto klarer lernt die Arbeiterklasse ihren Feind erkennen, desto gewaltiger wird ihr Haß, um so radikaler ihr Kampf gegen die bürgerliche Klassendiktatur.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 3607. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 26 27 67 – 203 (Ernst Aust) (bleibt vorläufig). Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Daimler-Betriebsräte Hauff und Häbich - Büttel des bürgerlichen Klassenstaates!

Am 24.8.72 stellten die Daimler-Betriebsräte Hauff (Betriebsratsvorsitzender und MdL) und Häbich (damals Jugendbeauftragter des Betriebsrates) Strafanzeige wegen Beleidigung, Verleumdung usw. gegen den Verantwortlichen des 'Roten Mercedes', der Betriebszeitung der ehemaligen GRFB bei Daimler-Benz.

Der Rote Mercedes hatte diesen beiden Berufsverrätern arg zu schaffen gemacht:
- **Bei den Betriebsratswahlen wurden die Überrumpelungsversuche der ausländischen Kollegen e tlarvt.**
- **Es wurde zur Bildung einer Oppositionsliste aufgerufen, die Liste 2 unterstützt.**
- **Gegen ein Gewerkschaftsausschlussverfahren von 3 Kollegen wurden über 100 Unterschriften gesammelt.**
- **Zusammen mit der Betriebsgruppe 'fortschrittliche Lehrlinge' wurden über 200 Unterschriften für volle Fahrgeldrückerstattung und für die Anerkennung dieser Gruppe als gewerkschaftliche Jugendgruppe gesammelt.**

Diese Erfolge liessen die Betriebsräte nach der Klassenjustiz schreien - nicht, wie sie vorgaben, einzelne Ausdrücke im Roten Mercedes wie: Büttel der Kapitalisten usw.
Nein, sie fürchten die wachsende Opposition der Kollegen. (Schon bei den Betriebsratswahlen waren es 2000 Stimmen für die Liste 2). Und das geben sie in ihrer Anzeigenschrift auch offen zu:

"Ein öffentliches Interesse an der Verfolgung der oben bezeichneten strafbaren Handlungen ist insofern gegeben, als die Äusserungen über den Anzeigenerstatter in Flugschriften, die einem erheblichen Teil der Belegschaft der Fa. Daimler Benz zugänglich sind, in hohem Masse geeignet sind, nicht nur den Betriebsfrieden zu stören, sondern auch unter der Belegschaft eine Atmosphäre des Hasses, möglicherweise die Neigung zu Gewalttätigkeiten zu erzeugen. Beleidigungen und Anschuldigungen der inkriminierten Art,...,verhindern teilweise die sachliche Klärung der zwischen Betriebsleitung und Arbeitnehmerschaft anstehenden Probleme... Es ist im öffentlichen Interesse wünschenswert, dass sich der Stil betriebsinterner politischer Auseinandersetzungen grundlegend ändert, da sonst die institutionelle Vertretung von Arbeitnehmerinteressen erheblich gefährdet wäre." (S.4/5)

Die Betriebsräte wissen: Wenn die Kollegen wieder den revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger führen, wächst auch das Interesse am Sozialismus, am Ausweg aus dem Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem.

Demagogisch versuchen sie so, den 'demokratischen Sozialismus' eines Willy Brandt im Munde, den Prozess zu einer Anklage gegen den Sozialismus zu machen. Sie nehmen die Entartung der DDR und der grossen Sowjetunion Lenins und Stalins zum Vorwand um gegen die Arbeitermacht zu hetzen. So schreiben sie in der Begründung ihrer Anzeige:

"In den Ländern mit der Gesellschaftsordnung, die von diesen Gruppen als das Paradies auf Erden gepriesen wird, wird recht wenig für die unmittelbaren Interessen der Arbeitenden getan."

Wie scheinheilig im übrigen auch das 'Mitgefühl' dieser Verräter für die Arbeiter in den osteuropäischen Ländern ist, zeigt, dass sie bisher aber auch mit keinem einzigen Wort gegen die Zusammenarbeit der Daimler-Benz-Bosse mit den neuen Zaren im Kreml protestiert haben; dass sie nichts dagegen haben, dass 300 russische Fach arbeiter bei Daimler-Benz die Antreibermethoden studieren; dass man von ihnen noch kein Wort des Protestes gegen den angekündigten Breschnew-Besuch bei Daimler-Benz gehört hat.

Der Rote Mercedes dagegen nimmt Stellung: Gegen die Verräter am Sozialismus in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern; gegen die Verräter am Sozialismus in Westdeutschland und Westberlin. Er zeigt am Beispiel der VR China und der VR Albanien wie wirkliche Arbeitermacht aussieht. Er zeigt, wie hier in Westdeutschland der Kampf geführt werden muss: Gegen Klassenversöhnung - revolutionärer Klassenkampf bis hin zur Zerschlagung des Ausbeuterstaates.

Das ist es, was den Roten Mercedes für das Kapital und die Bonzen so gefährlich macht. Das ist es aber auch, was ihm die Sympathie der Kollegen einbringt. Auch jetzt beim Eingreifen der Klassenjustiz. Schon zwei Wochen nach Bekanntwerden der Anzeige hatten die Kollegen über 100 DM für den Prozess gespendet; über 60 kauften Spendenmarken für eine Mark und klebten sie zum Teil auf ihre Maschinen.

"Die Lage ist ernst" - für wen?!

Die Vertrauensleute bei der Hoesch-AG in Dortmund fordern neue Tarifverhandlungen; 750 Arbeiter bei Karmann in der Nähe von Osnabrück treten für fünf Stunden in den Streik. Sie fordern einen neuen Tarifabschluss – 3,5% mehr. Eine Woche vorher streikten die Arbeiter in mehreren Chemiebetrieben Hessens. Bei VW wird gegen die Kürzung der jährlichen Prämie gekämpft. Tausende von Druckern und Setzern erkämpfen einen Tarifabschluss erstmals über dem Lohndiktat von 8,5%. Eine neue Streikwelle hat begonnen.

Bundeswirtschaftsminister Friedrichs auf der Messe in Hannover: "Die Lage an der Preisfront ist überaus ernst." In der Tat! 6,9% Preissteigerungen, für Lebensmittel sogar 9%. Preiserhöhungen im Nahverkehr, Preiserhöhungen fürs Parken bis zu einer Mark. Jetzt droht die Post schon wieder mit einer Erhöhung der Gebühren für den Anfang des nächsten Jahres.

Steigende Preise – das ist die eine Seite, – steigende Gewinne die andere. Die Aufträge für die Industrie nehmen zu. Die erste Stelle nimmt dabei der Export ein. Auch die Rüstungsindustriellen reiben sich angesichts des erneut gestiegenen Bonner Rüstungshaushalts die Hände.

Einher mit Expansionsbestreben geht der zunehmende Kampf der grossen Monopole um die Stellung auf dem Weltmarkt. Die Kon-

Fortsetzung auf Seite 4

KLASSE GEGEN KLASSE



Streik bei Aldra

Die Arbeiter der Velux-Fertigung der Aldra-Werke in Meldorf (Kreis Dithmarschen) traten Mitte April in den Streik, als die Betriebsleitung den Akkord verschärfte. Sofort nach Streikbeginn wurden 58 Arbeiter fristlos entlassen. Die nachfolgende Schicht liess sich jedoch nicht einschüchtern, sondern forderte auf einer Streikversammlung eine Mark mehr pro Stunde. In Verhandlungen wurde ein Kompromiss von 75 Pf. mehr beschlossen und die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen.

Italien: Streiks gehen weiter

Die Streiks der Angestellten bei der italienischen Post gehen weiter. Die Gewerkschaftsführer gaben es nicht geschafft, die Postangestellten 'termingerecht' zu einem Abbruch des Streiks zu zwingen. Durch den Kampf der Postangestellten häufen sich an den Postämtern die Briefe und Pakete tonnenweise.

Argentinien: 300 000 Lehrer streiken

Zum zweiten mal innerhalb von zwei Wochen sind rund 300 000 argentinische Lehrer in den Streik getreten. Sie fordern höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen.

Japan: Heftige Kämpfe der Werktätigen

Nach monatelangen Bummelstreiks der Eisenbahner sind jetzt in Japan heftige Kämpfe ausgebrochen. Auf mindestens 40 Bahnhöfen besetzten Eisenbahner die Gleise. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Auch die Piloten, Hafenarbeiter, Fernmeldebedienstete, Beschäftigte in den Krankenhäusern, Bus-, Taxi- und Fernfahrer sind in den Streik getreten.

Die Arbeiter fordern mehr Lohn und das Streikrecht für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die japanische Bourgeoisie hat 50 000 Polizisten gegen die Kämpfenden aufgeboten.



Der kleine Friedhof bei Hirschau (bei Tübingen) hatte wohl schon lange keine so gewaltige Menge Menschen mehr gesehen, wie es am Freitag, den 23.3. der Fall war. Und das war kein Zufall. Denn es gab kaum einen im Dorf, der nicht betroffen gewesen wäre durch den plötzlichen Tod des jungen Kollegen Louis, der an diesem Freitag beerdigt wurde.

Er hatte auf einem Bau in Oberndorf geschafft und dort war es passiert Unter Tempodruck waren die Schalungen aufgestellt worden und hatten dann um ein paar Zentimeter nicht gepasst. Und so musste wieder eine Schalung herausgenommen werden, wodurch eine weitere frei und nicht mehr mit den anderen Schalungen verbunden dastand. Und der Louis - so erzählen die Kollegen mit bitteren Gesichtern - der "hatte das Pech" gerade eben zwischen dieser Schalung und einem Materialstapel zu stehen, als ein leichter Windstoss das mindestens drei Zentner schwere Ding umwarf, den Louis am Kopf traf und ihn rückwärts schleuderte auf den Stapel, auf dessen Kante sein Kopf und Nacken zerschmettert wurde. Er war sofort tot.

Natürlich hätte der Louis nicht gerade da zu stehen brauchen. Aber die Kollegen wissen besser, warum so was überhaupt passieren kann. Zwei italienische Kollegen: "Man muss immer schneller schaffen, immer 'zackzack'. Wer Schuld? Chef schuld!" Und ein deutscher Kollege meinte: "Des isch klar, dass der Louis da am wenigste Schuld dra isch. Des kommt davo, dass des immer schnellschnell gange muss."

Maulkorb im öffentlichen Dienst

Beim Fernmeldeamt in Kiel soll auf einer Personalversammlung das Thema: "Der Personalrat – Interessenvertreter der Bediensteten oder Diener der Verwaltung" diskutiert werden.

Bei dieser Themenstellung bekam der Amtsvorsteher eine böse Vorahnung. Es besteht "die Gefahr einer Polemisierung dieser Frage", meinte er, "die unter Umständen auch Unruhe ins Personal tragen kann." Zwar hatte er Angst, selbst das Thema zu streichen, aber die Oberpostdirektion um eine Grundsatzentscheidung zu bitten, dazu reichte sein Mut noch.

Der Amtsvorsteher aus Kiel hat Verbündete. Wenn es nach Genschers Willen geht, dürfen die Beamten, Arbeiter und Angestellten in Personalversammlungen nur Angelegenheiten behandeln, "die die Dienststelle oder ihre Bediensteten unmittelbar betreffen", ferner "ist alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Arbeit und den Frieden der Dienststelle zu gefährden."

Diese beabsichtigte Disziplinierung geht sogar noch weiter als das Betriebsverfassungsgesetz, denn danach ist es noch 'erlaubt', auf Betriebs- und Abteilungsversammlungen Angelegenheiten tarif-, sozial- und wirtschaftspolitischer Art zu behandeln.

Kiel, den 29.März 73

(Gedanken zum Artikel: "Finger weg von der Rentenversicherung" in der 'Metall' vom 20.3.73, S.15).

Diese Bundesregierung will unsere Rentenversicherung um 3 Milliarden DM betrügen!

Nicht genug, dass Preise und Steuern weiter steigen und die Löhne mehr und mehr abgebaut werden, was nur zur Profitsteigerung derer die uns beherrschen beiträgt, jetzt will man sich auch noch an unserer Rentenversicherung bereichern, Was man ohnehin schon immer gemacht hat.

1957 betrug der Anteil des Bundes zur Rentenversicherung noch 30%, heute nur noch 15%! Und nun wollen diese Hüter der 'sozialen Demokratie' der Rentenversicherung 2,5 Milliarden schuldig bleiben, und das zinslos bis 1981. Das macht, wenn man vom 'marktüblichen' Zinssatz (8%) ausgeht, rund 3 Milliarden DM aus. Dieses Geld fehlt Rentnern und Witwen in der Haushaltskasse! Daran erkennt man die brutale, erbarmungslose Raffgier und Ausbeutungswut der Regierenden dieses veralteten Systems und ihrer Helfershelfer in der Führung des DGB, die scheinheilig "die Bundesregierung aufgefordert hat, ihren Stundungsbeschluss zurückzunehmen."

Als Arbeiter erfahren wir von dieser, wie von anderen Ungeheuerlichkeiten nur dann, wenn wir z.B. die 'Metall' von vorne bis hinten ganz genau und auch das kleiner und gerafft Gedruckte lesen.

Und dieses System nennt sich 'freiheitlich, sozial, demokratisch'. Ich kann nur lachen, aber mir tränen die Augen vor hilfloser, ohnmächtiger Wut

Rot Front! Paul

Orenstein & Koppel ist ein Grossbetrieb für Maschinen- und Schiffsbau, Teil des Hoesch-Konzerns, in Lübeck ca. 2 000 Arbeiter, 1 000 Angestellte. Betriebszeitung der KPD/ML: Rotes Schaufelrad.

BRAMMERS UND DIE INTERNATIONALE

Ein Sonnabend vor Weihnachten 1972 ging der Direktor Brammers durch die Werkshallen. Die Arbeiter sahen oder sahen ihn zum Teil nicht. Einige sangen aus Freude vor dem nahen Arbeitsende, einige pfiffen. Einer pfiff die Melodie: Völker hört die Signale.

Plötzlich ein lautes Brüllen, eine Aufregung.
"Sie haben die Internationale gepfiffen, sie sind fristlos entlassen. Sofort raus aus meinem Werk."

Das Opfer, der Schmied ... , Vater von 2 Kindern, war erschlagen. Er weinte vor Schreck und war gar nicht der Pfeifer. Er hatte dieses nicht mal mitbekommen.

Erst dem Eingreifen der anderen Arbeitskollegen und dem Mut zur Einheit ist es zu verdanken, dass ... noch bei O & K ist. Brammers musste seine Entlassung zurücknehmen. Dies geschehen 1972 bei O & K in der ZA (Zentrale Abarbeitung).

Und der Betriebsrat war auf Draht: Nichts sehen, nichts reden, nichts hören.

Rot Front, Ein Lübecker Genosse.

"Die Lage ist ernst.."

Fortsetzung von Seite 3

kurrenz unter den Monopolen wird schärfer. Der Krieg der grossen gegen die kleinen wird härter, die Konzentration von wirtschaftlicher und damit auch politischer Macht gewinnt immer grössere Ausmasse. **Waren die IG Farben vor dem zweiten Weltkrieg mit einem Kapital von 2 Milliarden Reichsmark eine gefürchtete Weltmacht, so gibt es heute in Westdeutschland mehr als 10 Konzerne mit einem Kapital von 10 Milliarden DM.**

Und grösser als früher ist auch ihre internationale Macht. Für VW zum Beispiel arbeiten von insgesamt 200 000 Beschäftigten 70 000 im Ausland. Grösser ist auch die Macht der Finanzmagnaten geworden. **Die drei grössten deutschen Banken herrschen heute über mehr als 160 Konzerne. Allein Abs sitzt in rund 30 Aufsichtsräten.**

Expansion, Kampf um die Märkte kostet Geld. Neue Maschinen, neue Fabriken wollen bezahlt sein. Dieses 'unternehmerische Risiko' lassen sich die Monopolherren über den Staat vom Steuerzahler eintreiben. Milliardensubventionen für den Bergbau, für die Werften, verlorene Kredite für Expansionsinvestitionen wie für die Demonex (Öl), ja sogar Versicherungen für eventuelle Verluste durch Enteignungen in unterdrückten Ländern – für alles soll der Arbeiter mit immer mehr Lohnsteuer, immer unverschämteren indirekten Steuern bezahlen.

Aber die Finanzierung der Ausbeuter ist es nicht allein, die die Haushalte von Gemeinden, Ländern und Bund aufbläht. Vor allem soll er auch die wachsende Militarisierung ermöglichen: Die Bewaffnung der Bourgeoisie zum Krieg gegen die Völker und die eigene Arbeiterklasse.

Was ist in dieser Situation von Friedrichs 'selbstkritischer Äusserung' über die steigenden Preise zu halten? Was ist davon zu halten, dass alle – Unternehmer, Politiker, Gewerkschaftsbonzen – im Chor von der Inflationsgefahr rufen? Wollen sie plötzlich mit uns gemeinsam gegen die Schwindsucht in der Lohntüte kämpfen?

Die CDU verlangt einen neuen Konjunkturzuschlag. Kapitalisten und Politiker erklären, das Hauptübel seien die unmässigen Lohnforderungen. Und Loderer erklärt, dass es auf keinen Fall um erneute Lohnkämpfe gehen könne.

Es ist der alte Hut. Gemeinsam in einem Boot soll die Volkswirtschaft gerettet werden – und wie immer soll der Arbeiter am Ruder schwitzen und das Kapital voranbringen.



Erwerbslosendemonstration in Berlin 1930

Aus: 'OKTOBER' – Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Schweiz/Marxisten-Leninisten (KPS/ML).
Zu bestellen bei:

OKTOBER - KPS/ML
Postfach 447, 8021 Zürich
OCTOBRE - PCS/ML
Case postale 278, 1000 Lausanne 9

Bührle - Waffen für die Bundeswehr!

Oerlikon-Bührle hat von der deutschen Bundeswehr einen Grossauftrag bekommen: 400 neue Flakpanzer mit integriertem Oerlikon-Contraves-Waffensystem (35 mm-Geschütze sowie Feuerleitanlage mit Radar). Das ist ein weiterer Schritt im Aufbau der schweizer Waffenindustrie. Besonders Bührle hofft, ein wichtiger Lieferant der Nato-Armeen zu werden und setzt damit die imperialistische Tradition seines Hauses fort. War er schon ein wichtiger Waffenlieferant Hitlers, so will er auch wieder Profit ziehen von der Militarisierung Westdeutschlands, dem gefährlichen neuen Erstarken des deutschen Imperialismus. Darum ist Bührle auch ein Befürworter der EWG, gibt ihm der gemeinsame Markt der Monopole doch grössere Möglichkeiten der Expansion, der Verschiebung der Produktion und der ungehemmten Ausbeutung der Arbeiter.

Wir Arbeiter von Bührle haben nichts von solchen Grossaufträgen. Die Firma sackt die Profite ein und verstärkt die Ausbeutung: Auf den 1.1.73 haben wir eine Lohnerhöhung von nur 8,7% bekommen, nach einem Jahr mit grosser Teuerung und vor einem Jahr mit noch enormeren Preiserhöhungen (mind. 10% für 1973). Die militärische Kontrolle im Betrieb durch eine parasitäre Chef-Offiziers-Clique, verstärkt sich und die Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Folge der spekulativen Waffenproduktion, bleibt bestehen.

Was hat das schweizer Volk von solchen Grossaufträgen zu halten? Die Gross-Bourgeoisie der Schweiz gibt sich gerne 'patriotisch', versteht darunter nur ihr Portemonnaie, d.h. die ungestörte Ausbeutung des Volkes. Diese Herren sind jederzeit bereit, die Interessen des Proletariats und Volkes der Schweiz zu verkaufen, darum treiben sie auch die Verbindung mit den Reaktionären und Imperialisten aller Welt voran, gegen uns Arbeiter und die Völker der Welt.

Auf diese Herren, vom Schlage Bührles, können wir verzichten. Nur eine rote Schweiz in den Händen der Arbeiter und des ganzen Volkes kann uns Sicherheit und die Abschaffung der Ausbeutung bringen.

FÜR DIE ROTE SCHWEIZ!

HINWEIS
Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt eine Beilage zum ROTEN 1. Mai 1973 und zur Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML bei.

"Trotz Verbot - Heraus zum Roten 1. Mai!"

Duisburg-Hamborn, 27.4. Die Ortsgruppe Dusiburg der KPD/ML hat beschlossen, eine Agit-Prop-Demonstration zur Mobilisierung der Bevölkerung für den 1. Mai zu veranstalten. Die angemeldete Demonstration wird kurzfristig im Rahmen des Demonstrationsverbots für das ganze Ruhrgebiet verboten. Die Demonstration findet doch statt.

Bullenwagen fahren auf; diesmal bringen sie gleich einen auf den Mann dressierten Hund mit. Ein Genosse, der den ROTEN MORGEN verkauft, wird sofort festgenommen.

Doch die anderen agitieren unter dem Schutz der Bevölkerung weiter, verkaufen den ROTEN MORGEN, alles scheint friedlich zu verlaufen ...

Plötzlich erscheint in 200 m Entfernung von den Bullen die rote Fahne; drum herum ein Kreis von Genossen: "Trotz Verbot - Heruas zum roten 1. Mai!" In einer zündenden Rede entlarvt ein Genosse die Machenschaften dieses Polizeistaates, erläutert die Ziele der Kommunisten, erklärt unsere diesjährige Losung zum 1. Mai: Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung!

Lieder wurden gesungen, zum Abschluss die Internationale. Die Polizei wagt nicht, offen einzugreifen. Überall wimmelt es aber von Zivilspitzlen, die sehr unauffällig den Roten Morgen im Arm tragen. Die Spitzel versuchen zu provozieren, verbreiten Gerüchte usw.

Dank der Disziplin, Wachsamkeit und revolutionären Stimmung unter den Genossen konnte die Kundgebung schnell und ohne Zwischenfälle in kleine Gruppen aufgelöst werden.

20 Minuten später: Vor Horten, direkt neben einer Polizeiwache, das gleiche Bild. Kundgebung - Lieder - RM-Verkauf - 'Trotz Verbot - Heraus zum Roten 1. Mai!"
Wieder tauchen sofort Bullen auf. Wieder wagen sie nicht, einzugreifen.

Wir haben für die Maidemonstration in Dortmund geworben - trotz Verbot!

WESTDEUTSCHE WIRKLICHKEIT:

Folterungen bei der Polizei

Ein Demonstrant wird in Frankfurt verhaftet. Auf dem Revier soll er eine schon vorgefertigte Aussage unterschreiben, "dass er sich an Straftaten beteiligt habe". Als er sich weigert, dieses Protokoll zu unterschreiben, drückt ihm ein Polizist seine glühende Zigarette auf dem Handrücken aus. Dazu die Bemerkung: "Wenn du dich beschwerst, ist es deine eigene Dummheit. Wie willst du denn erklären, dass du deine Zigarette auf den Boden geworfen hast und dann draufgefallen bist?"

Konrad Knappe, 37 Jahre alt. Er wurde von mehreren Streifenwagen gestoppt, als er seinen beschädigten PKW auf einen Abstellplatz transportieren wollte. Ihm wurden Handschellen angelegt und mitgeteilt, dass man auf der Wache ein Protokoll anfertigen wolle. Man fuhr ihn zum Polizeirevier Hammelgasse. Als er sich weigerte, ein vorgefertigtes Protokoll zu unterschreiben, in dem ihm unterstellt wurde, er habe sich mit seinem PKW auf dem Weg zum Kettenhof 52 befunden, um dort das Fahrzeug als Barrikade zu benutzen, wurden die Handschellen immer enger angezogen und mit gezielten Schlägen in den Magen versucht, ein Geständnis zu erpressen. Mehrere Male musste er sich erbrechen, nachdem die Polizisten mit dem Gummiknüppel in seinem Mund herumgestochert hatten. Als er ohnmächtig wurde, versuchte man, ihn durch Wassergüsse ins Gesicht, wieder aufzuwecken.

In Stuttgart wird ein italienischer Gastwirt, der unter falschem Verdacht festgenommen worden war und sich wehrte, auf dem Revier an die Heizung gekettet. Er erhält ausserdem eine Strafe von 400 DM. (ED. 19.4.)

Finanzkapital fordert Terror

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG VOM 19.4.

Fragen zur Polizei-Ausrüstung

... Nach allem, was sich an traurigen Dingen zugetragen hat, erhebt sich die Frage: Ist wirklich alles geschehen, um unsere Polizeibeamten so auszustatten, daß für ihr Leben und ihre Gesundheit größtmöglicher Schutz besteht? Auch sie haben Frau und Kinder, die sich sorgen und ängstigen. Ist die Sorgepflicht des Dienstherrn, die sich auch auf diese wichtigen Fragen zu erstrecken hat, wirklich in allen Teilen erfüllt?

1. Sind die bei uns eingeführten Schutzhelme wirklich das Beste, was auf diesem Gebiet geboten wird oder auf dem Markt ist? Wer hat die Zweckmäßigkeit dieser Helme geprüft; hat man Schutzhelme aus anderen Staaten zum Vergleich herangezogen?

2. Das gleiche gilt für die Schutzschilde; man sollte sich die durchsichtigen Schutzschilde der Pariser Polizei ansehen bzw. kommen lassen, die sich sehr bewährt haben sollen.

3. Man sollte sich auch die Uniformen der Einsatz-Polizei der angrenzenden Staaten anschauen und ohne falschen Ehrgeiz bei uns einführen, was dort besser ist. Auf keinen Fall aber sollte man Polizeibeamte in Halbschuhen bei Straßenschlachten einsetzen.

4. Wasserwerfer, gegen die man sich mit Regenschirmen schützen kann, taugen nichts. Wie ist es möglich, daß ein Demonstrant einen Wasserwerfer erklettern konnte und dem Wasserstrahl eine andere Richtung gab? Was ist hier inzwischen unternommen worden, um solche und ähnliche Vorfälle zu verhindern, wer hat Wasserwerfer, die so versagen, abgenommen — keinesfalls sind hier alle Möglichkeiten durchdacht worden.

5. Wo bleiben gepanzerte Polizeifahrzeuge? Wurden für den rechtzeitigen und raschen Einsatz von Tränengas die besten beziehungsweise neuesten Methoden angewandt?

6. Die Polizei muß sich endlich angewöhnen, so früh wie möglich zu erkunden und sollte stets mit der größten Gefahr rechnen, statt mit den Worten: „Wir werden schon damit fertigwerden" zu arbeiten. Es kann nie schaden, wenn die Reserven und vorbeugenden Maßnahmen zu groß oder zu umfangreich sind.

7. Weshalb wagt niemand, die empörte, aber noch schweigende Mehrheit der Bürger zu Spenden für die verletzten Polizeibeamten aufzurufen?

8. Je zweckmäßiger die Polizei ausgestattet ist, je kraftvoller und überlegter sie zupackt, desto rascher wird jeder Terror gebrochen sein und die andere Seite wird sehr überlegen, ob sie mit dieser Polizei wieder anbindet.

9. Der richtige Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern ist auch deshalb so wichtig, weil sie keine Märtyrer schaffen.

Albert Hoffmann, Bankdirektor, Bonn

Revisionistisches

Kriminalität, ein Zeichen des Kapitalismus

In der DDR steigt die Kriminalität an. Der DDR-Generalstaatsanwalt sieht dagegen nur ein probates Mittel: Ordnung und harte Strafen. Nun gut, harte Strafen müssen sein, Verbrechen werden im Sozialismus nicht geduldet. Sie sind Delikte aus der alten kapitalistischen Gesellschaft. Mit dem Absterben der Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, der Räuberei und Prostitution, nehmen auch die Verbrechen ab, wie es in China und Albanien der Fall ist.

In der DDR aber, wo der Kapitalismus wieder eingeführt wird, wo die sozialistischen Errungenschaften Stück für Stück abgebaut werden, nimmt jetzt auch die Kriminalität wieder zu.

Die Fachzeitschrift 'Neue Justiz' in der DDR veröffentlicht zum Problem der Verbrechensbekämpfung folgenden 'grundlegenden' Beitrag: "Die mangelhafte Wirksamkeit der Programme für die Bekämpfung und Vorbeugung gegen die wachsende Kriminalität, sind vor allem darauf zurückzuführen, dass sie nicht von den realen Widersprüchen in unserer gesellschaftlichen Entwicklung ausgingen und folglich auch der widersprüchlichen Entwicklung der Kriminalität nicht gerecht wurden. So ist das Absinken der Kriminalitätsziffern in einer Reihe von Jahren überbewertet und aus diesem Trend sind Gesetzmässigkeiten abgeleitet worden."

Wollen wir doch einmal diesem 'Experten' Nachhilfeunterricht in der materialistischen Auffassung geben.

Die Tatsache ist ganz einfach die, dass in der Zeit, als in der DDR der Kampf um die Durchsetzung der Diktatur des Proletariats geführt worden ist, die Verbrechen abgenommen haben. Dass dies eine Gesetzmässigkeit ist, das ist eine alte marxistische Tatsache.

In einer Zeit allerdings, in der man wieder den Kapitalismus einführt, wo wieder Neid und Konkurrenz gezüchtet werden, wo man im Fernsehen die Verherrlichung des Verbrechens nach westlichem Vorbild propagiert, da ist es allerdings nicht verwunderlich, dass die Kriminalität wieder steigt.

Marx sagt, das Verbrechen ist der Ausdruck für die Fäulnis eines Systems. Lenin sagt, der Imperialismus – und in dieser Stufe des Kapitalismus befinden wir uns heute – ist sterbender Kapitalismus. Das ist doch eine einfache plausible marxistisch-leninistische Erklärung, warum heute in der DDR die Kriminalität wieder im Anwachsen ist.

* * * * * * * * * * * * * * * *



„Und der Kleine?"
„Neuanschaffung. Aber der ist auch tüchtig scharf!"

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION

Philippinen:

Bewaffneter Kampf schreitet voran!

Auf den Philippinen schreitet der Kampf der Volksmassen unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen voran. Heftige Gefechte werden den reaktionären Marcos-Truppen vor allem auf der Insel Mindao geliefert. Hier zählen die bewaffneten patriotischen Truppen mehr als 10 000 Mann. Am 12.3. stürmten 100 Befreiungskämpfer den Polizeisitz der Provinz Sambanga. Auch auf den Inseln Sulu und Balisan sind die Befreiungskräfte im Vormarsch. 90% der Insel Zholo und 2/3 der Insel Balisan befinden sich in den Händen der Befreiungskräfte. Ständige Angriffe gegen die reaktionären Truppen unternehmen die Partisanen auch in Luson, in den Provinzen Mindanau und Schul, in den Berggegenden der Prvovinz Isabela nordöstlich der Hauptstadt.



L'en-tête de l'organe du Parti Communiste des Philippines, parti marxiste-léniniste

Es ist auch bekannt, dass die philippinische Regierung die amerikanische Aggression in Südostasien und im Fernen Osten unterstützt. Sie hat auch nichts dagegen, dass die US-Imperialisten die Philippinen in einen Militärstützpunkt für ihre Aggressionspolitik verwandelt haben.

"Die breiten Volksmassen – so unterstreicht die KP der Philippinen – wissen, wie sie mit einer wilden Bestie, wie die amerikanisch-freundliche Marcos-Diktatur eine ist, umgehen müssen. Sie sind entschlossen, diese Clique mit der Flamme des Volkskampfes zu versengen. Zweifelsohne ist der Tag nicht mehr fern, wo die Marcos-Clique auf dem Müllhaufen der Geschichte landet. Wenn dieser Tag kommt, dann ist die revolutionäre Bewegung gegen den amerikanischen Imperialismus den Feudalismus und den bürokratischen Kapitalismus in eine Riesenkraft verwandelt worden und ist fähig, die philippinische Revolution zu Ende zu führen."

(Radio Tirana 26.3.72)

Das Marcos-Regime antwortet auf die wachsenden Kämpfe mit brutalstem Terror. Partisanen werden verhaftet, eingekerkert, gefoltert und ermordet.

Trotzdem wächst die Befreiungsarmee ständig. Immer mehr machen es wie der Bauer Alfredo. Nachdem er vom Grundbesitzer vertrieben wurde und niemand auf seine Beschwerden hörte, schrieb er an die Zeitung: 'Journal de zhene': **Wir haben keinen anderen Weg, als zu kämpfen. Ich bin arm und habe nichts zu verlieren.**

Schuld an der Armut der Werktätigen auf den Philippinen sind die US-Imperialisten und die einheimische Bourgeoisie. 400 Familien gehört der ganze Reichtum des Landes. Dafür sind fast 4 Millionen arbeitslos und zu Kurzarbeit verdammt. Die Preise steigen durchschnittlich um 15–20% im Jahr. Die Menschen sind so arm, dass nur ein Zehntel von ihnen in der Lage ist, ärztliche Betreuung zu bezahlen. So sterben 60% der Kranken Manilas auf den Strassen, ohne jemals einen Arzt gesehen zu haben.

Die US-Imperialisten kontrollieren die wichtigsten Wirtschaftszweige der Philippinen. 24 der 50 wichtigsten Betriebe gehören amerikanischen Gesellschaften. Die reaktionäre Marcos-Regierung macht ihnen die Ausplünderung der Werktätigen leicht. Die US-Gesellschaften können zu genau den gleichen Bedingungen ihren Profit machen, wie die einheimischen Kapitalisten und Grossgrundbesitzer auch.

Kambodscha :

Massendemonstrationen gegen die Lon-Nol-Clique

Am 18.3.73 war der dritte Jahrestag der Machtergreifung Lon Nols in Kambodscha. Die Lon Nol-Clique hatte diesen Tag als einen 'Festtag für das Volk' geplant. Aber vom frühen Morgen des 18.März an waren die Straßen Phnom Penhs wie ausgestorben, Geschäfte, Kinos und öffentliche Verkehrsmittel leer.

Überall patroullierten Polizisten und Militär. Besonders die öffentlichen Gebäude waren streng bewacht. Kein Mensch – außer einigen Anhängern der Verräter und Militär – erschien zu der Staatsfeier.

Das geplante Jubelfest der Lon Nol-Clique war total gescheitert.

Das war der Erfolg des Kampfes der Massen. Arbeiter, Schüler und Studenten hatten sich am Vortag zu Protestversammlungen gegen die wirtschaftliche Ausplünderung und politische Unterdrückung zusammengefunden.

Die Faschisten gaben Befehl, Handgranaten in die Menge zu werfen. Eine Reihe von Menschen wurden getötet, viele verletzt.

Dieses neue Verbrechen der Lon-Nol-Clique schürte den Hass der Bevölkerung. Es wurde beschlossen, am nächsten Tag in einer mächtigen Demonstration zu beerdigen.

Aus Angst vor der Wut der Massen liess Lon Nol noch in der gleichen Nacht den Notstand erklären. Die 'liberale' Maske fiel völlig. Am 18.3. zeigte die Stadt ihr wahres Gesicht – das Gesicht eines Polizeistaates.

Befehlsverweigerung in der Luftwaffe

Während in der westdeutschen Presse der Protest der Massen gegen die Lon Nol-Clique totgeschwiegen wurde, konnte ein anderes Ereignis nicht vertuscht werden: Der Bombenabwurf auf den Sitz Lon Nols.

Es wurde so getan, als handle es sich dabei um einen 'Terrorakt' mit einem gestohlenen Flugzeug. Aber das ist nicht wahr. Ein Mitglied der Luftwaffe von Phnom Penh sagt dazu:

"So–Satto (Militärchef) hatte am 17.März den Befehl gegeben, die Rechtsfakultät in Phnom Penh zu bombardieren, wo ~~sich~~ Schüler und Studenten versammelt hatten, um eine grosse Kundgebung gegen die führenden Verräter vorzubereiten. (Die Kundgebung sollte sich gegen das Massaker am Morgen richten – RM). **Aber der Pilot führte diesen verbrecherischen Befehl von So Satto nicht aus. Er warf die Bomben über dem Kopf von Lon Nol ab..."**
(Bulletin d'Information der Kambodschanischen Botschaft in Paris vom 13.4.73).

Der Pilot ist inzwischen in die befreiten Gebiete geflüchtet. Seine mutige Tat findet grosse Zustimmung unter den anderen Soldaten von Phnom Penh. Der Soldat der Luftwaffe sagte dazu, dass im Laufe der vergangenen drei Jahre vielen der verbrecherische Charakter der Lon Nol-Clique klar geworden ist. **"Es ist unsere Pflicht", fährt er fort, "etwas zu tun, um die vergangenen Fehler wiedergutzumachen. Nun hat einer von uns etwas gegen das Oberhaupt der Verbrecher unternommen. Das erfüllt uns mit Freude. Wir bedauern nur, dass Lon Nol und seine Minister dem Tod entgangen sind. Aber das macht nichts. Es wird sich eine andere Gelegenheit finden."**

* * *

Die nationale Befreiungsarmee Kambodschas hat bereits 90% des Landes befreit!



"Hier ist RADIO TIRANA"

Als im Jahre 1933 die faschistische Nacht über das deutsche Volk hereinbrach, als die 'Rote Fahne', das Zentralorgan der KPD, nur noch illegal und in kleiner Auflage die Wahrheit über das Hitlerregime verbreiten konnte, da war für viele Antifaschisten in Deutschland Radio Moskau die einzige Stimme für ihren schweren Kampf. Die Stimme der sozialistischen Sowjetunion informierte sie über all das, was die faschistische Propaganda verschwieg oder entstellt wiedergab. Sie war gleichzeitig eine grosse Hilfe für den todesmutigen Kampf der Kommunisten im Hitlerdeutschland.

Heute ist Radio Moskau in der Hand der Zaren im Kreml, so wie der ganze sowjetische Staat in die Hand der neuen Ausbeuterklasse gelangt ist. Lobhudeleien auf Friedens'kanzler Brandt in Bonn, Hetze gegen die 'Maoisten und gegen das sozialistische China - das ist heute Radio Moskau, die Stimme der revisionistischen Verräter.

Aber die Stimme der Revolution im Äther über Europa wird dennoch immer mächtiger: 'Hier ist Radio Tirana!' Die Partei der Arbeit Albaniens unter Führung des grossen Marxisten-Leninisten Enver Hoxha verweigerte den Chruschtschow-Revisionisten die Gefolgschaft und trat ihnen in den Weg. Das sozialistische Albanien tritt mutig den revisionistischen Lügnern entgegen, die versuchen, Tag für Tag Arbeiterverrat als 'Kommunismus' zu verkaufen. Radio Tirana hält den proletarischen Internationalismus hoch und unterstützt die marxistisch-leninistischen Kräfte in Europa, was bereits einen grossen Beitrag zum Erstarken dieser Kräfte gebracht hat.

Radio Tirana informiert die deutschen Arbeiter täglich in seinem deutschsprachigen Programm über die weltweiten Befreiungs- und Klassenkämpfe, über die Entwicklung in Westdeutschland, über den Charakter des sowjetischen Sozialimperialismus, über Grundfragen des Marxismus-Leninismus, über den Aufbau des Sozialismus in Albanien u.a. Darum hört Radio Tirana!

Hört die revolutionären Sender!

RADIO TIRANA 23.oo - 23.3o 41 und 5o Meter 215 Meter

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING
19.oo - 19.3o
21.oo - 22.oo
immer: 43.7, 42.8 und 26.2 Meter

Organisiert Solidarität mit dem vietnamesischen Freiheitskampf! 30 000 DM für einen Kindergarten in der DRV!

Es fehlen noch 17852,18 DM

17.4.	H.S., Berlin-Wedding	100,–
18.4.	H.U., E'förde	20,–
18.4.	W.F.L., Braunschweig	350,71
19.4.	Zelle Berlin-Wedding	250,–
19.4.	Genossen und Kollegen in Hamburg-Altona	114,62
19.4.	Genossen aus Marburg	556,64
22.4.	Sammlung in Hamburg am 5.4.	484,60
26.4.	S., München 50	18,29
26.4.	F.A., Hannover	370,–
27.4.	Geburtstagsfeier Kiel	134,–
27.4.	Vietnamausschuss Unna	18,54
	Zusammen:	DM 3 417,40
	Bisherige Spenden:	8 730,42
	Insgesamt:	12 147,82

Wagner, Dorotheenstrasse
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nr. 58 92 666

Imperialisten wollen Neuaufteilung der Welt

Breschnew trifft Brandt. Die Revisionisten-Propaganda wird dieses Ereignis als Beweis für die 'zunehmende Tendenz der Entspannung' und der 'Beendigung des kalten Krieges' hochjubeln. Die westliche Propaganda wird ins gleiche Horn, wenn auch mit kleinen Tondifferenzen stossen: Die 'Kommunisten' in Moskau werden vernünftiger, die 'Periode der Konfrontation wird durch die Periode der Verhandlungen abgelöst.'

Dieses imperialistische Friedensgelärme kann nicht über die wirklichen 'Zeichen der Zeit' hinwegtäuschen: Den zunehmenden Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter den Imperialisten, das versteckte Gerangel um Vorherrschaft und Einflussphären, die Zuspitzung der Widersprüche zwischen den Imperialisten, die - wenn sie auch wie heute noch äusserlich friedlich scheinen - doch nichts anderes sind, als "Atempausen zwischen Kriegen" (Lenin).

Stalin hat gewarnt

1945 war der Versuch des deutschen Imperialismus, die Weltherrschaft zu erobern, missglückt. Er wurde im zweiten Weltkrieg geschlagen. Aber Josef Stalin warnte:

"Nach dem 1. Weltkrieg hat man ebenfalls angenommen, Deutschland sei endgültig erledigt, ebenso wie auch heute manche Genossen meinen, Japan und Deutschland seien endgültig erledigt... Es fragt sich, welche Garantien gibt es, dass Deutschland und Japan nicht erneut auf die Beine kommen, dass sie nicht versuchen werden, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen, um ein selbständiges Leben zu führen? Ich denke, solche Garantien gibt es nicht." Und Stalin fügte hinzu: "Daraus folgt aber, dass die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern bestehen bleibt."

1947 reichte Herr Marshall den westdeutschen Monopolherren die Hand und half mit dem 'European Recovery Programm' unter dem Schutz von US-Bajonetten die Macht der Krupp und Thyssen zu festigen. Westdeutschland wurde zu einem 'Bollwerk' gegen den Kommunismus, gegen die revolutionäre Nachkriegsentwicklung sowohl in Ost- als auch Westeuropa ausgebaut. Gleichzeitig diente die 'BRD' dem US-Imperialismus zur Verstärkung seines Einflusses in den westeuropäischen Ländern. Die 'BRD' war zum Juniorpartner der Weltmacht USA geworden.

Heute sieht dieser Junior BRD seine gewachsenen Kräfte und strebt immer offener danach, gleichberechtigter Partner seines ehemaligen 'Vormunds' USA zu sein. Dabei nutzt er reichlich den immer stärkeren Niedergang des Dollar-Imperialismus aus.

Komplott der Supermächte

Die erste schwere Dollarkrise datiert aus dem Jahre 1960. Nachdem die USA 1950 einen Aggressionskrieg gegen Korea entfesselt hatten, begann ihre Zahlungsbilanz Defizite aufzuweisen, die Stellung des Dollars wurde schwächer. Wallstreet zog seine 'Verbündeten' in Westeuropa heran, um den Dollar zu stärken.

Aber genau in dieser Zeit verschob sich das Kräfteverhältnis der Imperialisten noch auf andere, viel entscheidendere Weise. In der Sowjetunion hatten sich in den fünfziger Jahren bürgerliche Elemente an die Macht in Staat und Partei geschlichen, und den Sowjetstaat aus einem sozialistischen Land in ein kapitalistisches Land verwandelt. Jetzt, Anfang der 60-iger Jahre zeigte sich in der 'Kuba-Krise' und dem Bau der Berliner Mauer, dass die neuen Zaren im Kreml als imperialistische Weltmachtstrategen den USA die Vormachtstellung streitig machten, und sich eine Abgrenzung der Einflussphären in der Welt vollzog. Die beiden imperialistischen Supermächte USA und SU arrangierten sich. Die Bonner Revanchisten, die bislang als einzige Hoffnung für die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete die USA hatten, sahen sich in der Gefahr, zwischen dem Händeschlag von Chruschtschow und Kennedy für immer an die Wand gedrückt zu werden.

Der westdeutsche Imperialismus besann sich auf seine eigene, gewachsene Stärke. Der Zusammenschluss der westeuropäischen Imperialisten in der EWG, in der die westdeutschen Monopole eine führende Rolle einnehmen, hat sich zu einem ebenbürtigen wirtschaftlichen Konkurrenten für die USA entwickelt.

Dieses wirtschaftliche Gewicht drückt sich ebenfalls auf politischer und militärischer Ebene aus. In politischer Hinsicht zeigt sich, dass die westeuropäischen Staaten, voran die BRD, versuchen, sich aus dem Bannkreis der US-Vorherrschaft zu entfernen. Auf dieser Linie liegt auch die neue Ostpolitik Bonns. Sie beinhaltet auch den Versuch des westdeutschen Imperialismus, die zwei um Weltherrschaft konkurrierenden Supermächte gegeneinander auszuspielen und der lachende Dritte zu sein.

Auch das relative Gleichgewicht der beiden Supermächte gerät ins Wanken. Die derzeitige Schwächung des US-Imperialismus lockt die konkurrierende Supermacht Sowjetunion, den Kampf um die Einflussphären, um die Neuaufteilung der Welt wieder zu entfachen. Beide Supermächte sind darum zunehmend bemüht, solche, zu neuer Kraft gekommenen Bündnispartner, wie BRD-Westeuropa und Japan an ihre Seite zu ziehen. So läuft auch Kissingers Geheimdiplomatie auf höchsten Touren, so reist Herr Breschnew um die halbe Welt. Und Bonn ist dabei ein Knotenpunkt.



Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg – Kampf für den Arbeiterstaat bis zum Sieg!

Wer mit wem ?

Denn die Zusammenarbeit von Bonn und Moskau hat sich in den letzten Jahren rapid entwickelt. Im Roten Morgen haben wir schon öfters aufgezeigt, wie die beiden imperialistischen Mächte nicht nur um Rohöl, Kredite und Profitanteile feilschen, sondern auch um Menschen, um die Sicherheit der Völker Osteuropas, die Souveränität anderer Staaten schachern. Breschnew ist durchaus bereit, sich eine Zusammenarbeit mit den westdeutschen Imperialisten etwas kosten zu lassen. Die Tendenz der Selbständigkeit Westeuropas gegenüber dem US-Imperialismus - und hier spielt Westdeutschland eine wichtige Rolle - wird in Moskau unterstützt und begrüsst.

Angesichts dieser Werbung bleibt auch Washington nicht untätig. Brandt wird zu Nixon eingeladen, um mit H. Kissinger die neuen Bedingungen der 'Bündnistreue' zwischen Bonn und Washington auszuhandeln. Kissinger hat eine neue Atlantikcharta entworfen. Dazu sagt er:

"Die Wiedererstarkung Westeuropas ist genauso ein definitives Faktum, wie es der historische Erfolg der europäischen Bewegung zur wirtschaftlichen Vereinigung ist... Für uns ist die europäische Einheit, was sie immer gewesen ist, nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Stärkung des Westens. Wir werden weiterhin die europäische Einheit als Komponente einer grösseren atlantischen Partnerschaft unterstützen... All dies unterstreicht die Notwendigkeit, zusammen mit unseren Verbündeten eine klare Serie gemeinsamer Ziele zu formulieren. Wenn dies einmal geschehen ist, dann wird es für die verschiedenen Verbündeten durchaus möglich, ja sogar wünschenswert sein, diese Ziele mit beträchtlicher taktischer Flexibilität zu verfolgen."

Kissinger sagt also: Amerika erkennt die Realität der gewachsenen Kraft Westeuropas an, macht seine Politik gegenüber Westeuropa davon abhängig, dass die 'Europäische Gemeinschaft' Verbündeter des US-Imperialismus bleibt. Auf dieser Grundlage ist die USA bereit, Westeuropa grösseren Spielraum zuzuerkennen.

Das Tauziehen der einen und der anderen Supermacht um die heranwachsende Macht Westeuropa verstärkt sich. Und dieses Tauziehen ist der Stimme des westdeutschen Imperialismus, Willy Brandt, natürlich auch willkommen. Er spricht heute schon von der zu Ende gegangenen Periode der bilateralen Beziehungen (dem Diktat der beiden Supermächte) und dem Antritt der multilateralen Beziehungen.

Auch auf militärischem Gebiet äussert sich diese Entwicklung: Nixon spricht von einem notwendigen grösseren 'Verteidigungsbeitrag' der Westeuropäer, bietet dafür aber auch als Gegenleistung eine grössere Selbständigkeit innerhalb der NATO an. Kissinger sagt dazu: "Wenn dies erreicht ist (grösserer NATO-Beitrag Westeuropas), werden die notwendigen amerikanischen Truppen in Europa aufrechterhalten bleiben, nicht lediglich als Pfand für den tatsächlichen Einsatz unserer Nuklearwaffen, sondern als wesentlicher Beitrag zu einer vereinbarten und eindeutigen Struktur der westlichen Verteidigung. Dies wird uns in den Stand setzen, unsere Gegner sinnvoll in Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Reduzierungen (von Truppen) du verwickeln."

Die weitere Besetzung Westeuropas durch US-Truppen soll also den US-Machteinfluss erhalten, insbesondere das Diktat der Nuklearwaffen absichern. Einen US-Truppenabzug sieht Nixon unter dem Aspekt einer Einigung mit den SU-Imperialisten über die Abgrenzung der Einflussphären in Europa. Das ist dann die sogenannte 'beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierung', über die jetzt in Wien verhandelt wird.

Herr Brandt hat auch in dieser Hinsicht eigene Ansichten: Zwar stützt er sich nach wie vor auf die 300 000 US-Soldaten in der Bundesrepublik und muss noch bei dem Spiel der Aufteilung Europas zwischen den beiden Supermächten in gewisser Form mitmachen. Aber auf längere Sicht baut er auf die eigene militärische Stärke und die eigene Abschreckungsmacht. Brandt sagte:

"Die Schaffung einer nuklearen Abschreckungsmacht Westeuropas lässt sich für die fernere Zukunft nicht ausschliessen... Für einen deutschen Kanzler wäre es höchst unklug, bei jemanden den Eindruck zu erwecken, als stünde dies im Mittelpunkt seines Denkens. Die deutsche Regierung muss jetzt, und ich glaube noch für eine geraume Zeit, nicht allein gegenüber dem Osten - auch gegenüber dem Westen, den Eindruck vermeiden, dass wir irgendwelche nuklearen Ambitionen haben... aber ich schliesse nicht aus dass die Zeit kommen könnte, in der Grossbritannien und Frankreich, die ja eine gewisse nukleare Kapazität haben, sich neuen Notwendigkeiten und Möglichkeiten gegenübersehen." (Frankfurter Rundschau, 25. 4. 73)

Ein klares Programm der Bonner Grossmachtstrategen.

Aber auch der sowjetische Sozialimperialismus hat im militärischen Kräftespiel seine eigenen Pläne. Unter den Friedensbeteuerungen Breschnews wird in der SU hektisch aufgerüstet. Der Aufmarsch von 43 sowjetischen Divisionen an der chinesischen Grenze, die Politik des 'Frieden in Europa - Krieg in Asien', die u.a. hinter dem Komplott Moskaus mit Washington und Bonn stehen, dürfen keine Illusionen erwecken: Der Frieden ist in Europa gerade von seiten der Sozialimperialisten bedroht. ~~Keine der~~ neuen Divisionen an der chinesischen Grenze wurde aus Osteuropa abgezogen. Im Gegenteil, die sowjetischen Besatzerarmeen in der DDR, Polen, CSSR werden verstärkt. In Moskau sieht man nicht nur die Unabhängigkeitsbewegung in diesen Staaten, man sieht auch, dass die amerikanisch-westdeutsche Allianz weiterhin darauf ausgerichtet ist, die Einflussphäre in Osteuropa den Kremlzaren streitig zu machen. Das Vordringen von westlichem Kapital in diese Länder, die verstärkten diplomatischen und politischen Kontakte (Forderung der NATO auf der 'Sicherheitskonferenz': Freizügigkeit in ganz Europa)" die ständigen NATO-Manöver mit dem 'Angriff nach Osten' sind deutliche Beweise. Selbstverständlich wird die Breschnew-Clique nicht tatenlos zusehen, dass eines Tages US- oder westdeutsche Truppen den Ruf nach 'Selbstbestimmung' und Unabhängigkeit vom Zarenjoch als Anlass nehmen, mit Panzern und Kanonen den Ländern Osteuropas 'zu Hilfe' kommen.

Krieg dem imperialistischen Krieg

Diese kriegerische Konsequenz der Verschärfung der Widersprüche zwischen den Imperialisten hat Lenin in ihrer Zwangsläufigkeit analysiert. Absprachen zwischen den Imperialisten sind eben nur 'Atempausen zwischen Kriegen'. Die Gesetzmässigkeiten der imperialistischen Entwicklung führen zwangsläufig zur gewaltsamen Lösung der Widersprüche.

Die einzelnen imperialistischen Länder entwickeln sich ungleichzeitig. Die Konkurrenz der beiden Supermächte muss sich auf dem Hintergrund der inneren Krise und der weiteren Einschränkung ihrer Machtbereiche durch den nationalen Befreiungskampf verschärfen; an der kommenden Neuaufteilung beteiligen sich verstärkt die 'frischen' Imperialisten (Lenin) wie Westdeutschland und Japan, die in besonders harter Konkurrenz zu den bereits überall eingenisteten Supermächten stehen.

All das findet seinen Ausdruck in der jetzigen diplomatischen und politischen Grossoffensive, in der 'Unsicherheitskonferenz' in Helsinki, in den Abrüstungsbetrugs-Konferenzen in Wien, Genf und bei 'SALT'; in der Neudiskussion der Atlantik-Charta, bei Brandts Nixon-Besuch und Breschnews Reise durch Westdeutschland.

Ist das alles 'hohe Politik', die den kleinen Mann nichts angeht?

Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt heisst heute: Verstärkte Militarisierung, verstärkter Lohnraub, verstärkte politische Unterdrückung. Der Kampf um Neuaufteilung der Welt heisst morgen: Krieg!

Halten wir uns Stalins Worte von 1951 vor Augen:

"Der Frieden wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äussersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen."

...den Frieden bis zum äussersten verteidigen, heisst letztendlich revolutionärer Sturz der Imperialistenherrschaft. Den Krieg durch die Revolution verhindern, wie Mao Tsetung sagt.

...den Frieden verteidigen im revolutionären Klassenkampf, heisst, die westdeutschen Werktätigen und die Jugend aufklären und mobilisieren gegen den kriegstreiberischen Schacher, wie er anlässlich des Breschnew-Besuchs in Bonn wieder betrieben wird.

HÄNDE WEG VON DER KPD/ML !

Zwei Genossen der ehemaligen GRFB, Michael Schulte und Norbert Oswald, sind angeklagt, führende Mitglieder einer kriminellen Vereinigung zu sein. Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat von 1971 bis 1973 über 300 Ermittlungsverfahren gegen sie angestrengt. Die Bourgeoisie fordert ihre Verurteilung nach dem Paragrafen 129, also als Mitglieder einer 'kriminellen Vereinigung'.

Kriminelle Vereinigung – die Bezeichnung klingt nach Verbrecherbanden, nach Dieben und Räubern. Und das ist auch beabsichtigt: Man will vor der Bevölkerung den Anschein erwecken, als ginge es darum, sie selber vor Kriminellen zu schützen.

Die Wirklichkeit sieht völlig anders aus. Schon unter Bismarck spielte der Paragraf 129 bei der Verfolgung der Sozialdemokratie eine grosse Rolle. Heute hat sich der Bismarcksche Paragraf zwar im Wortlaut geändert, aber Sinn und Anwendungspraxis sind die gleichen geblieben. "Gewöhnliche Kriminelle ... hatten sich als Mitglieder einer 'kriminellen Vereinigung' nie vor Gericht zu verantworten. Ein Vorschlag des 'Reichs-Justizamtes' aus dem Jahre 1909, den Paragrafen auch gegen Berufsverbrecher anzuwenden, blieb Theorie." (Spiegel Nr.8, 14.2.1972).

Dagegen wurden mit seiner Hilfe z.B. verurteilt:
Der Hauptausschuss für Volksbefragung (1954); die FdJ (1951); die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und andere fortschrittliche Organisationen.

Die Praxis der Bourgeoisie selbst ist der beste Beweis, dass es sich bei der Verfolgung von diesen 'kriminellen Vereinigungen' um nichts anderes handelt als um die Verfolgung politischer Organisationen der werktätigen Massen.

(Und in der Anklageschrift selbst heisst es als Begründung dafür, dass die Genossen in einer 'kriminellen Vereinigung' und nicht in einer Partei sind: "Gegen die Ernsthaftigkeit der Zielsetzung der Gruppe als Partei, auf die politische Willensbildung Einfluss zu nehmen (was für eine 'Partei' vorgeschrieben ist – RM) bestehen schon deshalb Bedenken, weil es der Gruppe angesichts des propagierten Sturzes des 'Bonner Staates' und der vorgesehenen Errichtung einer Diktatur des Proletariats offensichtlich auf eine politische Willensbildung gar nicht ankommt; die Gruppe versteht sich ... nur als Agitatorin zur Herbeiführung einer revolutionären Volksstimmung.")

Heute soll dieser Paragraf in erster Linie gegen die Partei des Proletariats, die KPD/ML angewendet werden.

Ausdrücklich wird in der Anklageschrift Bezug genommen auf die Gründung der KPD/ML und ihren Vorsitzenden, Genossen Ernst Aust. Wörtlich heisst es: "Programmatisch machte die KPD/ML – Roter Morgen in der Presse der Bundesrepublik von sich reden, in denen der ebenfalls im Herbst 1968 gegründeten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) 'Revisionismus' vorgeworfen und zum Kampf gleichermassen gegen 'den räuberischen US-Imperialismus als Hauptfeind aller Völker' wie auch gegen das Sowjetsystem als 'revisionistische Verräterclique' aufgerufen wurde. Sowohl die KPD/ML Roter Morgen als alle später von ihr ausgehenden maoistischen Gruppen haben im wesentlichen diese aussenpolitische Linie beibehalten." Weiter heisst es zum Statut: "...bei diesem Statut ...handelt es sich wahrscheinlich um ein Statut der Gruppe 'Roter Morgen'.

Wenn also am 29.Mai der Vorsitzende der Partei, Genosse Ernst Aust als Führer der Partei auf die Anklagebank gezerrt werden soll, so soll an den beiden Genossen das Grundsatzurteil für das Verbot der Partei exerziert werden.

Jeder Genosse, jeder fortschrittliche Arbeiter muss erkennen: Hier wird der Anschlag auf seine Organisation, auf seine einzige Waffe zur Zerschlagung dieses Ausbeutersystems und der Errichtung der Diktatur des Proletariats geführt.

Der Terror gegen die Partei der Arbeiterklasse geht einher mit der, wie schon unter der Adenauer-Justiz, Bedrohung aller fortschrittlichen Organisationen und Menschen.

Welcher Arbeiter, welcher Werktätige hat nicht schon gegen den 'Staat der Kapitalisten' gewettert, wenn wieder neue Steuererhöhungen auf ihn zukamen? Welcher Arbeiter hat nicht angesichts der Ungerechtigkeit in diesem Staat nicht schonmal eine "wirkliche Demokratie" gewünscht? Richtige Worte und Gedanken! Der Staatsanwalt denkt da anders. Nach der Anklageschrift sind solche Arbeiter nämlich schon Verfassungsfeinde.

Den Gerichten sind bei der Auslegung des Gesetzestextes keine Grenzen gesetzt. Nach den Kommentaren zum StGB kann 'jede Tätigkeit, welche die Zwecke der Vereinigung fördert' strafrechtlich verfolgt werden. Dazu reicht es bereits aus, wenn jemand aus reinem Mitleid mit der wirtschaftlichen Not von Mitgliedern der Organisation Geld spenden würde.

Der Stoss der Bourgeoisie soll das Herz der Arbeiterklasse treffen: die Kommunistische Partei. Damit soll der Kern des wachsenden Widerstands der gesamten Arbeiterklasse gebrochen werden. Dieser Angriff darf sein Ziel nicht erreichen. Kampf ist das Lebensgesetz der Partei, Kampf zeichnet das Leben des Arbeiters. Kein Millimeter Boden in der Klassenschlacht gegen die Bourgeoisie wird kampflos aufgegeben. Dieser Prozess gegen die beiden Genossen muss ins Gesicht der Bourgeoisie zurückschlagen. Ein solcher Prozess muss für uns dazu dienen, dass unsere eigenen Reihen gestärkt und gefestigt daraus hervorgehen.

VORWÄRTS MIT DER PROLETARISCHEN REVOLUTION, VORWÄRTS MIT DER KPD/ML



Bild: Kleber des Landesverbandes NRW der KPD/ML zum 1.Mai 1973

Presseerklärung

Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Weyer, hat am 25.4.1973 das Verbot sämtlicher Demonstrationen aller politischen Gruppen links von der D'K'P angekündigt. Demonstrationen, die trotz des Verbots in Nordrhein-Westfalen stattfinden, sollen durch Polizeieinsatz aufgelöst werden.

Von diesem Verbot betroffen sind die Demonstrationen zum 1.Mai in mehreren Städten des Ruhrgebiets. **Verboten** sind also die Demonstrationen der Kollegen, die erkannt haben, dass sie am 1.Mai für ihre Interessen mit der roten Fahne auf die Strasse gehen müssen im Kampf gegen Kapital, Staat und DGB-Führung, die, wie die Kollegen bisher in jedem Kampf erlebt haben, abwiegelt, spaltet und verrät.

Weyers Verbot knüpft an eine lange Tradition des deutschen Imperialismus an: Vom Kaiserreich über Weimar bis Hitler. Immer, wenn sich die Arbeiterklasse zu einer mächtigen Kampffront zusammenschloss, hat die Bourgeoisie verzweifelt versucht, Aufmärsche der Arbeiter mit Verbot und Gewalt zu verhindern. [redacted]

...Als **Vorwand** (für das Verbot) dienen angeblich 'bewaffnete' Demonstrationen. Das ist barer Zynismus: Was Bewaffnung ist, sollte man lieber beim Bundesgrenzschutz und der Polizei studieren. In Wahrheit wird versucht, das Widerstandsrecht gegen reaktionäre Gewalt zu kriminalisieren. Die reaktionäre Gewalt wird keineswegs verfolgt! Nein, sie wird sogar verherrlicht, wie durch den Empfang des Superkriegsverbrechers Thieu bei Präsident Heinemann. Wie durch den bewaffneten (wirklich bewaffneten) Polizeischutz für Mietspekulanten wie in Frankfurt, die ungestraft massenweise 'Gewalt gegen Sachen' (Vernichtung wertvollen Wohnraums) und gegen Personen (zum Selbstmord getriebene verzweifelte Mieter) ausüben können. Wie auch durch die ständig steigende Zahl von Arbeitsunfällen aufgrund verschärfter Arbeitshetze und ungenügender Sicherheitsvorkehrungen aus Gründen des höheren Profits.

...wird heute bereits wieder kommunistische Propaganda als kriminell bezeichnet und von der bürgerlichen Klassenjustiz verfolgt. Den Kommunisten soll verboten werden zu sagen, dass der kapitalistische Ausbeuterstaat, der bis an die Zähne bewaffnet ist, nicht freiwillig abtreten wird, sondern nur durch revolutionäre Gewalt der Massen gestürzt werden kann. Kommunisten, die diese Überzeugung vertreten, wird bereits heute wieder der Prozess gemacht. So unserem Vorsitzenden Genossen Ernst Aust am 29.Mai in Hamburg.

Wie lange, fragen wir, wird es noch dauern, bis es wieder soweit ist, dass die Bücher von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-Tung verbrannt werden, wie schon einmal in unserer Geschichte? Wir werden nicht ruhig warten, wir werden dagegen kämpfen!

Heute ist es bereits wieder so weit, dass die gesamte bürgerliche Presse sich völlig gleichschalten lässt und wie ein einstudierter Chor das Lied des Kapitals und seiner Polizei singt: "Terroristen", "Polit-Rocker", "Chaoten" (wobei besonders pikant ist, dass dieser Ausdruck von der D'K'P erfunden wurde gegen die "Maoisten"). Keine einzige Zeitung, die über die politischen Ziele der KPD/ML und der Roten Garde ein Wort verlieren würde! Kein einziges Blatt, das die grundlegenden Differenzen zwischen der KPD/ML und der D'K'P auch nur halbwegs objektiv darstellen würde. Wir sind der Ansicht, dass es ein Zeichen dafür ist, dass der Klassenkampf schon sehr weit fortgeschritten ist, wenn die bürgerliche Presse von Springer bis zur 'UZ' mit einer Stimme schreit; "Die KPD/ML gehört hinter Schloss und Riegel! Dafür lassen wir lieber die demokratische Maske fallen!"

Für uns Kommunisten ist es nicht verwunderlich, dass die Demonstrationsverbote und Verbotsandrohungen gegen die KPD/ML und andere revolutionäre Organisationen gerade jetzt vor dem Breschnew-Besuch erfolgen. Denn den Herrschenden passt es nicht ins Konzept, dass Kommunisten die bürgerliche Diktatur, den Sozialimperialismus der Sowjetunion aufzeigen und bekämpfen. Es passt ihnen deshalb nicht ins Konzept, weil dadurch ihr Bild, das sie gerne von Kommunisten malen, vor der Öffentlichkeit völlig enthüllt wird. Die Feindschaft aller Kommunisten zu den neuen Zaren im Kreml können sie aber nicht verheimlichen. Sie werden nicht verhindern können, dass wir gegen Breschnew demonstrieren.

26. April 1973
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
Rote Garde



ADRESSE DER RM-REDAKTION: G. Schubert 43 Essen 14 Postfach 36 07

Liebe Genossen,

am 17.4. fand bei uns in Gelsenkirchen eine Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V. statt Diese Gesellschaft hat es sich zum Ziel gesetzt, die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk zu fördern.

Ungefähr 50 Leute waren gekommen. Zuerst sahen wir einen Film, der das Leben in Albanien schilderte. Ich wäre am liebsten auf der Stelle hingefahren. Einige der Besucher werden das auch tatsächlich tun. Denn die Gesellschaft organisiert Reisen nach Albanien, an denen jeder, der Interesse daran hat, teilnehmen kann.

Die Vertreter der Gesellschaft beantworteten dann bereitwillig unsere Fragen nach dem Leben der Werktätigen in Albanien Einen Kollegen interessierte besonders das System der Leistungsbeurteilung dort. Er konnte erst gar nicht begreifen, dass es in Albanien keine Arbeitshetze, keinen Akkord gibt.

Ich habe mir dann gleich noch die dort ausgelegten Broschüren der Gesellschaft, 'Albanische Hefte', und die Illustrierte 'Neues Albanien' mitgenommen.

Genossen,

in jedem Roten Morgen sind neue Artikel über die Versuche des Staates zu finden, politische Gegner des westdeutschen Imperialismus zu kriminalisieren, ins Gefängnis zu stecken, mit Terrorurteilen die Anhänger abzuschrecken.

Auch in Stuttgart häufen sich ter ebenfalls wegen Beleidigung der BRD, wegen moralischer Unterstützung von Sprengstoffdelikten und wegen Nichtanzeigen dieser "Straftaten". Gegen zwei Mitglieder der 'Roten Hilfe' Stuttgart wegen Beleidigung der BRD. Darüberhinaus Prozesse gegen den fortschrittlichen Rechtsanwalt Lang wegen angeblicher Unterstützung der RAF, sowie Ehrengerichtsverfahren gegen Lang und Croissant wegen ihres Hungerstreiks vor dem Bundesgerichtshof.

Nieder mit den Stuttgarter Prozessen!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Das Wichtigste ist die politische Macht

Ein Leser schreibt:

Als ich den Bericht: Vergesst die werktätigen Bauern nicht! im Roten Morgen gelesen habe, ist mir ein Beispiel aus meinem Heimatort eingefallen, das ich euch mitteilen will.

Es ist ein Dorf von etwa 1000 Einwohnern, die Mehrzahl Arbeiter oder Nebenerwerbsbauern. Es liegt im Grenzlandgebiet von Oberfranken. Vor etwa 10 Jahren waren die meisten Einwohner noch Bauern, aber dann wurde ihnen mit mehr oder weniger Druck die Flurbereinigung aufgeschwatzt. Die meisten gingen drauf. Der Rest der Bauern wurde immer unruhiger. Sie sahen die drohende Entwicklung: sie sahen, dass sie von der EWG, von der Landwirtschaftsindustrie, wie Guttenberg, Hähnchenfabriken, Eierfabriken, Grossbauern usw. kaputtgemacht werden.

Ihr Entschluss stand fest. Die einzige Möglichkeit heisst Zusammenschluss. 20 Bauern taten sich zusammen. Ein gemeinsamer Schweinestall wurde aufgebaut. Fast 2000 Schweine wurden gemästet. Jeder Bauer stellte nach seiner Grösse Schweine rein. Das Futter wurde getrennt auf den Feldern angebaut. Anfangs ging alles gut. Die kleinen Bauern hatten wenig Schweine drin, die mittleren mehr.

Einer der Mittelbauern, er ist CSU-Kreisdelegierter, ging nun daran, einen Zuchtstall zu bauen. Dort züchtete er die Schweine für die Mästerei. Er hatte auch die Möglichkeit, auf die Realschule zu gehen und hat die Buchführung gelernt. Langsam wurde er der beherrschende Teil der Genossenschaft. Er hatte die Bücher, er hatte die Zucht, die Kleinen mussten zu ihm, wenn sie was wollten. Schritt für Schritt kriegt er das Eigentum der kleinen Bauern in die Hand, und sie stehen wieder da.

Dasselbe läuft mit der Maschinengenossenschaft. Gemeinsam werden die Maschinen angeschafft. Aber der mit den grossen Feldern braucht sie länger, also müssen die Kleinen die Zeit bei ihm mit abarbeiten, sie werden zu seinen Arbeitern.

Der Zusammenschluss hat also nicht zur Rettung der kleinen Bauern geführt. Sie werden genauso niedergebügelt wie vorher. Kein Wunder, in einer Gesellschaft, wo das Geld regiert.

Anfangs hatte ich viel für den Zusammenschluss geredet. Aber es zeigt sich immer deutlicher, auch für die Bauern:

Das Wichtigste ist nicht der Zusammenschluss. Das Wichtigste ist die politische Macht. Gemeinsam mit den Arbeitern den Sozialismus erkämpfen, dann können sich die Bauern zusammenschliessen. Das ist die einzige Zukunft der kleinen Bauern.

Kapital mordet Kinder

Das Problem der Familienplanung ist ein Problem jeder Arbeiterfamilie. "Mehr als zwei Kinder kann man sich heutzutage gar nicht mehr leisten. Das wäre verantwortungslos," sagten die meisten. Und in der Tat hat die durchschnittliche Familie heute zwei bis drei Kinder.

Eben diese Frauen, die Kinder gern haben und wollen, dass sie ein anständiges Leben haben, können mit den Argumenten, die für und wider die Reform des Paragrafen 218 gebracht werden, kaum etwas anfangen.

Die Frage ist nicht, wer das Recht auf den Bauch besitzt. Das Problem ist in der Tat nicht, ab wann der Mensch ein Mensch ist: Ob vom Tage der Geburt, vom Tage der Befruchtung oder irgendwann danach. Das Problem ist nicht: Mutter werden oder Mörderin.



Clara Zetkin: Vorkämpferin für die revolutionäre Befreiung der Frau

Die selben Leute, die heute bei Abtreibung Mord rufen, sagen kein Wort von Mord bei den Fehlgeburten, die jeden Tag dadurch passieren, dass schwangere Frauen in den Betrieben - trotz Mutterschutzgesetz - Akkord arbeiten müssen, schwere Lasten tragen müssen, mit giftigen Stoffen arbeiten müssen.

Warum rufen diese Leute nicht Mord bei den Fehlgeburten, die durch die Wirkung von Medikamenten passieren - wie bei Contergan.

Warum rufen diese Leute nicht laut Mord, wenn jedes Jahr tausende von Kindern auf der Strasse sterben, weil der Staat kein Geld für genügend Kindergärten und Spielplätze hat?

Es geht ihnen in Wahrheit weder um den Schutz des Kindes noch um den Schutz der Mutter.

Niemand kann doch ernsthaft der Meinung sein, dass die rund 400000 Frauen im Jahr, die, wenn sie nicht das dicke Geld haben, auf schmutzigen Pritschen ihr Leben riskieren, dies ohne ernsthaften Grund tun!

Und dieser ernsthafte Grund entsteht in der Hauptsache aus ihrer sozialen Lage, es ist die Angst vor unsicherer Zukunft für die Kinder.

Fast an jedem zweiten Arbeitsplatz in der Bundesrepublik steht heute eine Frau. Viele von ihnen arbeiten in Wechselschicht. Nach dem Willen der Kirche soll sie möglichst ein halbes Dutzend Kinder in die Welt setzen. Wie aber das sechswöchige Kind (denn nach 6 Wochen ist der Schwangerschaftsurlaub zu Ende) versorgt werden soll, daran verschwenden diese Leute keinen Gedanken. Tatsache ist aber, dass es 1967 in der Bundesrepublik ganze 426 Kinderkrippen für Kinder unter drei Jahren gab - mit Plätzen für 14800 Kinder. Auch wie Mann und Frau diese Kinderschar ernähren sollen, wie sie sie kleiden sollen, angesichts der rauhen Wirklichkeit, darum kümmern sie sich nicht.

Der Durchschnittsverdienst des Arbeiters liegt heute bei 800 DM, der der Arbeiterin bei 500 DM und die Preissteigerungsrate um 7%. Das Kind, das sich von 50-100 DM Kindergeld im Monat grossziehen lässt, ist aber noch nicht geboren worden.

Diese sozialen Bedingungen für die Mutter und für das Kind aber werden nicht nur von den Kirchen, von der Bild-Zeitung für Privatprobleme erklärt, sondern auch von den 'fortschrittlichen' Befürwortern der begrenzten Legalisierung der Abtreibung im Bonner Parlament.

Hinter dem Mantel der 'freien Entscheidung' der Frau für oder gegen das Kind, wollen sie vertuschen, wer die Schuld an der verzweifelten Lage der Frauen trägt, wollen sie vertuschen, wer in diesem Staat tatsächlich Kinder mordet, wollen sie vertuschen, dass es die Frage der Klassenunterschiede und kein Emanzipationsproblem der Frau ist.

Kinder haben oder nicht ist eben für die Frau eines Direktors mit dem dicken Bankkonto, der grossen Wohnung, mit Kindermädchen und allem Drum und Dran etwas völlig anderes als für die Arbeiterfrau, die acht Stunden am Tag am Band sitzt, zu Hause noch den Haushalt machen muss, keinen Kindergartenplatz für ihr Kind bekommt und ständig um Arbeit und Brot für ihre Familie fürchten muss.

Es gibt keine Emanzipation der Frau unter der Parole: Mein Bauch gehört mir; Kampf dem Mann! Die Emanzipation der Frau ist ein Teil des Klassenkampfes. Sie beginnt im Kampf um den gleichen Lohn für gleiche Arbeit im Betrieb gegen das Kapital, für bessere Lebensbedingungen. Hier ist eingeschlossen der Kampf gegen die **besondere** soziale Unterdrückung der Frauen.



Kinder in China: Sie tragen die Zukunft in ihren Händen. Ihnen gilt die besondere Fürsorge des sozialistischen Staates.

Für die Errichtung einer grossen sozialistischen Gesellschaft ist es äusserst wichtig, die riesigen Frauenmassen zur Teilnahme an der produktiven Tätigkeit zu bewegen. In der Produktion muss der Grundsatz: Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit bei Männer und Frauen verwirklicht werden. Echte Gleichberechtigung von Mann und Frau kann nur innerhalb des Prozesses der sozialistischen Umwandlung der ganzen Gesellschaft verwirklicht werden.

Mao Tse-Tung.

'Life'-Demokratie im Fernsehen

Das Fernsehen gibt sich demokratisch. Am Samstag, den 21.4., ist im Mittagsprogramm in der Sendung 'Diskus' eine Life-Übertragung einer Diskussion mit Jugendlichen angekündigt. Alles was gesagt wird, kommt direkt auf den Bildschirm, da gibt es keine Manipulationen! Sollte man glauben. Das ist eben auch der Eindruck, den das ganze Spektakel erwecken soll. Dass dem nicht so ist, dass hier an allen Ecken und Enden gedreht und geschoben wurde, um dem Fernsehzuschauer ein systemgerechtes Bild zu zeigen, hat sich dann auch ganz klar herausgestellt.

Die Fernsehzuschauer wissen natürlich nicht, dass die Jugendlichen vorher ausgesucht worden sind, die hier diskutieren sollen. So haben lediglich derartig staatstreue Organisationen, wie Spartakus, SDAJ, Jusos, Judos usw. Eintrittskarten bekommen. Dass sich dann doch ein paar Rotgardisten einschmuggeln konnten, gelang nur über Beziehungen.

Dann hatte man gleich vorsorglich zwei Diskussionen anberaumt, eine mit den 'Stadtvätern' und eine mit den Jugendlichen. Wenn also was gesagt wurde, was einem nicht in den Kram passte, dann konnte man schnell umwechseln.

Bei 1 1/2 Stunden Sendezeit, so meint man, kann man dann doch nicht alles wegretuschieren. Aber auch in diese Richtung wurde vorgesorgt. Drei Viertel der Sendezeit wurde gefüllt mit der Einblendung einer Beat-Kapelle, mit Theaterstückchen, mit einem Film (der übrigens erstaunlich gut war und das kapitalistische System anklagte, als die Wurzel der Probleme der Jugend). **Die meiste Zeit durften aber die eingeladenen Sonntagsredner um Kassels öligen Bürgermeister Branner totschwätzen. Und die D'K'P durfte mit ihrem Propagandasänger Süverkrüp auftreten, der dann das Lied der Massenverachtung über den 'dummen, reaktionären Kleinstadtmenschen' singen durfte.**

In den 15 Minuten, wo dann noch die Diskussion übertragen wurde, wachten die auf fortschrittlich und legere zurechtgemachten Discjockeys um den Schönling Albrecht Metzger sorgsam darauf, dass ja kein falscher drankam. Als sich die Sendung dem Ende näherte, wurden sie immer nervöser, man hatte wohl inzwischen gemerkt, dass sich Kommunisten irgendwie eingeschlichen hatten. Und tatsächlich konnte ein Rotgardist das Mikrofon ergattern. Er hielt eine schwungvolle Rede, und liess sich durch alle Störversuche von Seiten der Diskussionsleitung nicht abdrängen. Jetzt auszublenden, wäre dann auch zu offensichtlich gewesen, man musste ihn reden lassen.

Und er entlarvte ganz klar. Es geht hier nicht um Häuser, um einzelne Freiräume, um ein paar Pädagogen mehr oder weniger. Es geht hier um Klassenkampf. Im kapitalistischen Staat verwalten die Kapitalisten, hier gibt es auch keine Selbstverwaltung für die Arbeiterjugendlichen, von den Kapitalisten selbst zugestanden. Was man den Kapitalisten abringt, das muss im Kampf erreicht werden. So wie die Hausbesetzungen in Frankfurt, Hamburg und Bielefeld. Solche Kämpfe sind gleichzeitig eine Erziehung zum entscheidenden Kampf, für die proletarische Revolution, zu einer tatsächlichen Selbstverwaltung der Arbeiterklasse in Form der Diktatur des Proletariats. Als dann der Genosse erklärte, um den Kampf richtig führen zu können, brauchen wir eine Kommunistische Organisation... da war es zu Ende mit dem liberalen Geist der Diskuss-Sendung, da wurde dem Genossen das Richtmikrofon weggerissen. Es war deshalb nicht mehr zu hören, dass er aufforderte, sich in der Roten Garde, in der Jugendorganisation der KPD/ML zu organisieren. Nichts merkte der Fernsehzuschauer von Sprechchören. In der Zeitung konnte man es dann lesen: "Sprechchöre worden laut: 'Vorwärts mit der Roten Garde'. Moderator Brank bemühte sich um Ruhe und lässt einen Gemässigten zu Wort kommen." (HA, 24.4.).

Nichts sieht der Fernsehzuschauer davon, dass es zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung kommt, dass wie die Zeitung schreibt: die Politiker die Flucht ergreifen müssen. "Im allgemeinen Durcheinander können die Politiker durch den Hinterausgang verschwinden." (HA 24. 4.)

Nichts aber auch gar nichts bekommt der Zuschauer davon mit, dass dieses demokratische Diskussionsspiel aussen von Polizeieinheiten kontrolliert wird.

Das wars, die Life-Diskussion in Kassel! Demokratie im Fernsehn? Nein, moderne Meinungsmache!

Kontaktadresse:

Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML!



Delegiertenkonferenz der Gruppe Rote Fahne beschliesst Auflösung!



Resolution

Die Delegierten der GRF aus Bawü, Hessen, NRW, WB und WK beschließen die Auflösung der GRF. Sie rufen alle Mitglieder und Sympathisanten auf, sich der KPD/ML zu unterstellen, um auf dem Weg zum politischen Ziel der westdeutschen Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Revolution voranzuschreiten.

Wir fassen diesen Beschluß, um die weitere Existenz einer Spalterorganisation in der westdeutschen Arbeiterklasse zu beenden. Wir wollen damit die marxistisch-leninistische Partei des westdeutschen Proletariats, die KPD/ML, stärken.

Begründung:

1. Die KPD/ML wurde gegründet im Kampf gegen den modernen Revisionismus der KPD/DKP. Ihre Gründung war unbedingt notwendig, um dem westdeutschen Proletariat nach dem Verrat der modernen Revisionisten erneut die stärkste Waffe, die es im Kampf gegen den bürgerlichen Staat hat, die marxistisch-leninistische Partei, in die Hand zu geben. In der Grundsatzerklärung hat die KPD/ML die Lehren des ML und der grossen Polemik zur Generallinie der kommunistischen Weltbewegung gezogen und für Westdeutschland allgemein die Ziele der Partei angegeben. Diese Ziele sind die Diktatur des Proletariats, die gewaltsame sozialistische Revolution zur Zerschlagung des westdeutschen Imperialismus. Um diese Ziele zu erreichen, muss die Arbeiterklasse die Führung im Kampf innehaben, muss die marxistisch-leninistische Partei als wichtigstes Kampfinstrument der Arbeiterklasse geschaffen werden.

Mit der Grundsatzerklärung hat die KPD/ML die revisionistischen Theorien vom friedlichen Hinüberwachsen des Imperialismus in den Sozialismus und von der Leugnung der Hegemonie des Proletariats klar zurückgewiesen und die Grundlagen für den Kampf der marxistisch-leninistischen Partei geschaffen.

Es war die Pflicht aller aufrechten Marxisten-Leninisten und Revolutionäre, sich mit der Gründung der KPD/ML auseinanderzusetzen und bei grundsätzlicher Übereinstimmung mit ihrer Generallinie in der Partei für die Ziele des Proletariats zu kämpfen.

2. Die Spaltung der KPD/ML im Frühjahr 70 durch die späteren Führer der GRF war ein prinzipiell falscher, mit trotzkistischen Methoden betriebener Akt, der der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin Schaden zugefügt hat.

Die Spaltung diente von Anfang an dem Aufbau einer Organisation gegen die Partei, zur Spaltung der Bewegung und zur Verwirrung der Arbeiterklasse. Das ZB benutzte in spalterischer Weise den Namen der KPD/ML. Die Spaltung fand auf einer rechtsopportunistischen Grundlage statt, die den ML verfälschte, die revolutionäre Theorie geringschätzte, und damit revisionistischen Ansichten Tür und Tor öffnete, die den Vorhutcharakter der Partei leugnete, indem sie die Partei wie eine x-beliebige Gruppe spaltete, indem sie unter dem Namen der Partei den Massen nachlief, anstatt ihre Führung zu erkämpfen.

Heute kann kein ehrlicher Genosse mehr die Augen davor verschliessen, dass die GRF eine Spalterorganisation ist, dass das ZB und die Mitglieder der Organisation die Verantwortung für die Spaltung tragen.

Demgegenüber hat die KPD/ML an der Generallinie des Marxismus-Leninismus und der grossen Polemik festgehalten. Sie hat zuletzt auf dem II. Parteitag die Grundsatzerklärung in allen wichtigen Fragen bestätigt. Sie hat viele Fehler im ideologischen, politischen und organisatorischen Kampf gegen den modernen Revisionismus und gegen den Linksopportunismus im Laufe ihrer Geschichte beseitigt und ihre Fähigkeit zur Weiterentwicklung in Kritik und Selbstkritik gezeigt. Die Partei ging und geht davon aus, dass die Massen unter Führung ihrer Avantgarde für die Diktatur des Proletariats kämpfen müssen, und dass die Kraft, die diesen Weg verfälscht und behindert, nämlich die modernen Revisionisten, deswegen geschlagen werden muss. Sie hat im Kampf gegen die revisionistischen Theorien an der Notwendigkeit der gewaltsamen sozialistischen Revolution in Westdeutschland und der Errichtung der Diktatur des Proletariats festgehalten.

Weil die KPD/ML die marxistisch-leninistische Partei des westdeutschen Proletariats ist, die wir stärken müssen, gibt es für uns nur den korrekten Weg der Unterstellung unter die Partei zur Führung des revolutionären Kampfes, zur weiteren Führung des Kampfes zweier Linien gegen den modernen Revisionismus und um innerhalb dieses Kampfes die ZB-Linie endgültig zu zerschlagen. Bei der Untersuchung unserer Fehler müssen wir sorgfältig zwischen richtig und falsch unterscheiden, die Fehler entschieden korrigieren und unsere Erfahrungen im Klassenkampf in die Partei einbringen, um sie zu stärken.

Der erste Schritt zur Behebung des Spaltertums und zum konsequenten Kampf gegen die Versöhnung mit dem modernen Revisionismus durch das ZB ist die Auflösung der GRF und der Kampf um die Einheit unter der Führung der KPD/ML.

Wir weisen alle Ansichten zurück, die eine Fortsetzung der Spaltung bedeuten und unter dem Deckmantel des 'Ziels der Einheit' die 'Rekonstruktion in Politik, Ideologie und Organisation der GRF' durchführen wollen. Diese Rekonstruktion ist durch nichts gerechtfertigt und begünstigt jeden parteifeindlichen Standpunkt. Sie ist nicht gerechtfertigt als Weg der 'organisierten Auseinandersetzung' mit der Partei. Das wäre eine Auseinandersetzung vom Standpunkt einer Spalterorganisation, wäre keine Überwindung des ZB-Standpunktes.

Es wäre eine Leugnung der grundlegenden Erkenntnis des ML, dass die politischen Ziele der Arbeiterklasse nur unter Führung der Partei erreicht werden können. Stellen sich die Rekonstruktoren auf die Generallinie der Partei, auch wenn sie in einigen taktischen Fragen anderer Auffassung sind, so ist die Fortsetzung der Spaltung nicht gerechtfertigt. Haben die Rekonstruktoren Differenzen zur Generallinie, so kann das nur bedeuten, dass sie weiterhin den Weg der Versöhnung mit dem modernen Revisionismus beschreiten und die Spaltung vertiefen.

Die wichtigsten Vertreter der Zirkellinie in der GRF verstecken sich hinter dem Deckmantel der 'Rebellionsbewegung' gegen die kleinbürgerliche ZB-Führung. In Wirklichkeit meinen sie damit den Kampf gegen die Partei und die 'Freiheit der Kritik' am Marxismus-Leninismus. Sie geraten damit immer weiter in den Sumpf des modernen Revisionismus. Wir weisen ebenso die Ansichten der wenigen 'Rekonstruktoren' aus Westberlin zurück, die die GRF wegen richtiger programmatischer und politischer Ansichten für 'den besten Parteiansatz' halten und so die Spaltung aufrechterhalten wollen.

Wir weisen weiter alle Ansichten zurück, die aus einzelnen Fakten und Fehlern der Partei schliessen, dass es die Partei des westdeutschen Proletariats noch nicht gibt und dass man sie erst in der Auseinandersetzung um die programmatischen Fragen zwischen den einzelnen Gruppen der ml-Bewegung schaffen müsse, um ein führendes Zentrum, die die Partei erst dann anerkennen wollen, wenn sie sich als Führerin der Millionenmassen erwiesen hat.

Wir halten die Offenlegung der Kritik an der KPD/ML für wichtig, denn die Geringschätzung der Auseinandersetzung mit der KPD/ML kommt einer Geringschätzung ihrer politischen Linie gleich. In der Partei wird der Kampf zweier Linien geführt, an diesem Kampf werden wir uns beteiligen. Kritik an den Fehlern und Schwächen der Partei können eine Fortsetzung der Spaltung jedoch nicht rechtfertigen.

Genossen, wir rufen Euch auf, den Weg der Rekonstruktion und der Zirkelbewegung, die versucht die revolutionäre Bewegung herabzuzerren, zu verlassen, und Euch der Führung der Partei zu unterstellen und dort den ideologischen und politischen Kampf zu führen.

Hiermit unterstellen wir uns der Partei, um sie in allen Bereichen des Klassenkampfes, im Betrieb, in der Armee, im Stadtteil, an Schulen und Hochschulen, überall dort, wo die Partei uns hinstellt, zu unterstützen.

ES LEBE DIE EINHEIT DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPD/ML!

KAMPF DEM MODERNEN REVISIONISMUS, DEM HAUPTFEIND IN DER ARBEITERBEWEGUNG!

ERKLÄRUNG

der ehemaligen 'Roten Arbeiterinitiative ML':

Vorwärts mit der Partei der Arbeiterklasse, vorwärts mit der KPD/ML!

Die 'Rote Arbeiterinitiative ML' Neumünster hat sich in einem einstimmigen Entschluss der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML untergeordnet und ihren Spalterzirkel aufgelöst.

Wir gründeten diesen Zirkel in dem falschen Denken, dass wir die Arbeiter Neumünsters in ihren Kämpfen anleiten und die Kämpfe vorantreiben könnten. Dies ist grösstes Spaltertum. Es gilt nicht, die Kämpfe isoliert in einem regionalen Bereich voranzutreiben, sondern es gilt, die Einheit der gesamten westdeutschen Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus herzustellen. Dies kann aber nur die Kommunistische Partei. Nur sie ist in der Lage, die korrekte Massenlinie zu entwickeln und die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen.

Diese Partei ist die KPD/ML. Sie entwickelte in den wesentlichen programmatischen Fragen die korrekte Linie und führt seit jeher einen konsequenten Kampf gegen das Zirkelwesen und Liquidatorentum. Im Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten in der Arbeiterklasse, die modernen Revisionisten um die D'K'P, hat sich die Partei gestählt und erringt immer mehr Erfolge im Kampf für die Diktatur des Proletariats.

Sämtliche Neugründungen von KP's und Aufbauorganisationen konnten nur in Abgrenzung zur korrekten Linie der KPD/ML geschehen und tragen daher den Keim des Revisionismus schon in sich.

Für jeden Marxisten-Leninisten kann es somit nur heissen, die korrekte Linie der Partei anzuerkennen, sich ihr anzuschliessen, sie zu stärken und in ihr für die Einheit der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Die Einheit der Arbeiterklasse bedeutet Sieg, die Spaltung bedeutet Niederlage. Die feste Einheit kann nur unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei erkämpft werden.

KÄMPFEN WIR FÜR DIE EINHEIT DER ARBEITERKLASSE UNTER FÜHRUNG DER KPD/ML!

FÜR DIE EINHEIT ALLER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPD/ML!

FÜR DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS!

letzte Ausgabe!

Der Kampf der Arbeiterjugend

Zentralorgan des Kommunistischen Jugendverbands Deutschland KJVD

Am 14. und 15. April - auf den Tag genau 3 Jahre, nachdem der KJVD in einem üblen Anschlag auf die Einheit der KPD/ML aus der Taufe gehoben worden war - fand eine Bundesdelegiertenkonferenz des KJVD statt, die die Auflösung der ehemaligen Jugendorganisation der "Gruppe 'Rote Fahne' Bochum" beschloß und ihre Mitglieder dazu aufforderte, in der ROTEN GARDE, unter Führung der KPD/ML, den Kampf für die Gewinnung der Arbeiterjugend für die sozialistische Revolution voranzutreiben.

Diese Bundesdelegiertenkonferenz zog einen Schlußstrich unter den ideologischen Kampf, der im KJVD über Monate hinweg geführt worden war. Zwei einander unversöhnlich gegenüberstehende Linien waren dabei hervorgetreten, die auch auf der Konferenz aufeinanderstießen: auf der einen Seite die Zirkellinie in ihren verschiedenen Schattierungen, die die Bedeutung des Aufbaus der Kommunistischen Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus als Vorhut leugnet und der KPD/ML feindlich gegenübersteht; auf der anderen Seite die bolschewistische Linie, die die Lehren aus der Geschichte des KJVD zieht und sich klar zur bolschewistischen Partei Westdeutschlands und Westberlins bekennt, die auf den korrekten marxistischen Grundlagen gegründet wurde und stets an diesen Prinzipien festgehalten hat.

Die Vertreter der Zirkellinie, auf der Konferenz wie im ganzen ehemaligen KJVD in der Minderheit, schlossen sich zu einem "rechten Block" zusammen, dessen morsche Einheit nur auf der gemeinsamen Feindschaft gegenüber der KPD/ML beruhte. Dieser rechte Block entzog sich von Anfang an dem offenen ideologischen Kampf. Indem auf demagogische Weise die Legitimation der von der breiten Mehrheit ihrer Landesverbände getragenen Delegationen Baden-Württembergs und Nordrhein-Westfalens in Zweifel gezogen wurde, sollte in Wirklichkeit der klare Parteistandpunkt getroffen werden, den diese Genossen einnahmen, ohne daß man sich der inhaltlichen Diskussion gestellt hätte. Schließlich verließ der rechte Block die Konferenz, bezeichnenderweise gerade in dem Augenblick, als eine Vertreterin der ROTEN GARDE das Wort ergriff.

Zum Auszug der Vertreter der Zirkellinie verabschiedete die Bundesdelegiertenkonferenz eine Erklärung, in der das Zurückweichen vor dem Kampf zweier Linien kritisiert und als Ausdruck der Schwäche des rechten Blocks gewertet wird. Besonders hervorgehoben wird in der Erklärung, daß der revolutionäre Kern im KJVD, die Genossen, die unter Führung der Kommunistischen Partei für die Revolution kämpfen wollten und deren aufrichtig revolutionäre Haltung vom "Zentralbüro" ausgenutzt und mißbraucht wurde, um den KJVD zu einem Instrument seiner neorevisionistischen Spalterlinie zu machen, das Recht und die Pflicht haben, die Spalterorganisation KJVD aufzulösen, sich der Führung der KPD/ML zu unterstellen und der ROTEN GARDE anzuschließen. In diesem Sinne wurde folgende Resolution von der überwältigenden Mehrheit der Delegierten verabschiedet:

Resolution der Bundesdelegiertenkonferenz

Für die Genossen des KJVD gibt es nur einen Weg, wollen sie ihre Aufgaben gegenüber der Revolution endlich richtig anpacken, wollen sie endlich eine Politik verfolgen, die nicht mehr spalterisch gegenüber der Partei, demoralisierend für die Arbeiterjugend und die Revolutionäre außerhalb der Partei ist; sondern die im Gegenteil die Arbeiterjugend für den Kampf zum Sturz dieses Staates, für den Aufbau des Sozialismus gewinnt, ihr so auch in allen Tageskämpfen einen richtigen Weg weist und aus ihr Kämpfer für die Vorhutpartei, die KPD/ML, gewinnt:

DAS IST DIE AUFLÖSUNG DES KJVD UND SEINE UNTERSTELLUNG UNTER DIE FÜHRUNG DER PARTEI IN DER ROTEN GARDE !

1. Die GRÜNDUNG DER KPD/ML 1968 war ein absolut notwendiger und richtiger Akt: N o t w e n d i g , weil durch die Grosse Polemik im Weltmaßstab die Grundlage für die Gründung neuer marxistisch-leninistischer Parteien gelegt worden war und es jetzt galt, sie anzuwenden - neue marxistisch-leninistische Parteien zu gründen; weil weiter die KPD in Westdeutschland offenen Verrat an der Revolution geübt hatte (besonders mit der Theorie vom friedlichen Übergang, der Leugnung der führenden Rolle der revolutionären Partei), vollständig revisionistisch entartet war und nicht mehr in eine marxistisch-leninistische Partei umgewandelt werden konnte.
R i c h t i g , weil durch die Gründung die bestehenden marxistisch-leninistischen Gruppen in Westdeutschland weitgehend vereinigt wurden, nachdem vorher der Kampf gegen den modernen Revisionismus in der entarteten KPD mit dem eigens gegründeten Organ "ROTER MORGEN" geführt worden war und für Westdeutschland die Notwendigkeit nachgewiesen worden war, eine neue Partei zu gründen; weil weiter in der Grundsatzerklärung die Lehren aus der Großen Polemik in allgemeiner Form auf Westdeutschland angewandt wurden.
Es war und ist die Pflicht aller Marxisten-Leninisten in Westdeutschland, sich mit der Gründung der KPD/ML ernsthaft auseinanderzusetzen - wer sie ignoriert und verantwortungslos neue "Parteien" und Zirkel gründet, handelt bewußt spalterisch und schadet der Sache der Revolution in Westdeutschland und arbeitet damit objektiv dem modernen Revisionismus in die Hände.

2. Die SPALTUNG DER KPD/ML durch das spätere ZB diente von Anfang an dem Aufbau einer Organisation, die gegen die Partei, zur Spaltung der Bewegung und zur Verwirrung der Arbeiterklasse aufgebaut wurde. Sie fand auf einer rechtsopportunistischen Plattform statt, die den Marxismus-Leninismus verdrehte, seine Allgemeingültigkeit verneinte, den Charakter der Partei als bewußter Vorhut (z.B. in der Frage der Jugendorganisation) leugnete und eine reformistische und ökonomistische Taktik zur Generallinie der GRFB machte. Diese Plattform der Spalter war der erste Schritt auf dem Weg der ZB-Organisation, einem Weg der Verfälschung des Marxismus-Leninismus, seiner Versöhnung mit dem modernen Revisionismus.

Demgegenüber hat die P a r t e i in der Plattform des ZK den Vorhutcharakter der Partei hochgehalten (z.B. in der Frage der politisch-ideologischen Führung der Jugendorganisation), hat die Vorrangigkeit des ideologischen Parteiaufbaus vor dem organisatorischen verteidigt. Die Plattform enthielt schwere liquidatorische Fehler, die aber in der Folge korrigiert wurden und keinerlei Grund zu einer prinzipienlosen Spaltung boten. Diese liquidatorischen Fehler wurden von den Spaltern in demagogischer Weise ausgenutzt, wobei sie von Anfang an nicht vom Willen zur Einheit, zur Korrektur von Fehlern, vom Willen zur Stärkung der Partei ausgingen, sondern in trotzkistischer Weise die Unkenntnis und die berechtigte Kritik vieler Rotgardisten, ihren ehrlichen Willen zum Klassenkampf und zur Verbindung mit der Arbeiterklasse für ihre spalterischen Ziele ausnutzten.

3. Das ZB hat diese Linie des Verrats am revolutionären Ziel und der Spaltung in der Folge konsequent fortgesetzt, seine Linie ging nicht vom Kampf für die sozialistische Revolution aus, sondern suchte ständig einen Mittelweg zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus: In Strategie und Taktik wurde das Proletariat auf das Niveau seiner Bündnispartner herabgezogen. Die Bedeutung des bewußten ideologischen Aufbaus und der etappenmäßigen Entwicklung der revolutionären Partei wurde geleugnet, die Arbeiterklasse ihrer wichtigsten Waffe für die Revolution beraubt, die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats durch seine Partei wurde sabotiert, dem demokratischen Kampf wurde Vorrang vor dem sozialistischen Kampf gegeben, der ökonomische Kampf wurde zum weitest anwendbaren Mittel der Erziehung der Arbeiterklasse gemacht, der Kampf gegen den modernen Revisionismus wurde nicht geführt, stattdessen wurde die GRFB im "Kampf gegen den Kzrismus" - die Partei - aufgebaut.

Die GENERALLINIE DER PARTEI hingegen zeigt, daß die Partei immer an den Prinzipien festgehalten hat, die bei der Gründung aufgestellt wurden: daß sie deshalb auch in der Lage war, Fehler - auch schwerwiegende Fehler - zu korrigieren. So konnte sie auch die Fehler der Plattform des ZK von 1970 korrigieren. Dort tauchte die Theorie von der führenden Rolle der Intelligenz auf. Das ZK schreibt dazu in einer Selbstkritik: Diese Theorie wurde "dort nicht bis zur letzten Konsequenz ausgebaut..., teilweise wird sogar die führende Rolle des Proletariats ausdrücklich betont. Angelegt, einschließlich der antiproletarischen und menschewistischen Konsequenzen ist diese Linie aber sehr wohl." Ein weiterer Fehler dieser Plattform bestand darin, die Partei von den Massen loszulösen. Diese Fehler wurden jedoch auf dem außerordentlichen Parteitag tiefgreifend kritisiert und zurückgewiesen und ihre unverbesserlichen Anhänger aus der Partei hinausgesäubert. Die KPD/ML hat damit bewiesen, daß sie das bolschewistische Prinzip der Selbstkritik, des Kampfes zweier Linien, hochgehalten hat. Sie hat damit bewiesen, DASS DIE BOLSCHEWISTISCHE PARTEI STÄRKER IST ALS ALLE LIQUIDATOREN

Die Partei ging und geht davon aus, daß die Massen unter Führung ihrer Avantgarde für die Diktatur des Proletariats kämpfen müssen und daß die Kraft zerschlagen werden muß, die d i e s e n Weg und den Weg der bewaffneten Revolution verfälscht, nämlich der moderne Revisionismus. Die Partei hat auch in der marxistisch-leninistischen Bewegung und in der Partei selbst - im wesentlichen immer richtig - den Revisionismus bekämpft und den Kampf gegen andere bürgerliche Strömungen damit verbunden.

Die Partei hat immer daran festgehalten, daß das Etappenziel in Westdeutschland die sozialistische Revolution sein muß und daß durch sie die demokratischen Aufgaben nebenbei gelöst werden. Sie hat den Hauptwiderspruch in Westdeutschland korrekt zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse bestimmt.

Die Generallinie der Partei zeigt also: Die Partei ist keineswegs revisionistisch entartet, sie ist in der Lage, Fehler zu korrigieren, sie stärkt sich und schreitet voran.

4. VON DAHER GIBT ES NUR EINEN WEG DER PRAKTISCHEN KORREKTUR DER FEHLER DER ZB-ORGANISATION:
DIE EINHEIT IN DER KPD/ML UND UNTER IHRER FÜHRUNG IN DER ROTEN GARDE !

Da wir die führende Rolle der Partei im Klassenkampf anerkennen, sehen wir auch, daß die endgültige Schlagung der Linie des ZB und die Erziehung der Mitglieder des KJVD in der Linie der Partei Aufgaben sind, die nur unter Führung der Partei und innerhalb der Roten Garde gelöst werden können. Wir wenden uns daher gegen die Ansichten, die unter Leugnung der führenden Rolle der Partei sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen wollen.

5. Für das Ziel der Auflösung des KJVD, für diesen richtigen Weg, haben wir im KJVD gekämpft. Wir waren und sind der Überzeugung, daß alle Genossen, die sich dem KJVD angeschlossen hatten, weil sie eine revolutionäre Partei wollten, weil sie im Klassenkampf teilnehmen wollten, und für die Revolution kämpfen wollten, in die Rote Garde gehören. Hierbei ist es unsere besondere Verantwortung, die Sympathisanten und ehemaligen Mitglieder für die Rote Garde zu gewinnen, die durch die ZB-Politik enttäuscht wurden.

WIR RUFEN ALLE GENOSSEN DAZU AUF, JETZT AUS DEM WEG DER ZB-ORGANISATION NICHT FALSCHE UND VERSÖHNLERISCHE LEHREN ZU ZIEHEN. Hierbei verurteilen wir noch einmal insbesondere folgende Ansichten:

- die Ansicht, die nicht vom ideologischen Kampf, vom Klassenkampf und von der notwendigen Entwicklung einer Partei (und ihren Kinderkrankheiten) ausgeht, sondern in idealistischer und bürgerlich-zweifelnder und passiver Weise eine blitzsaubere Partei fordert,
- die Ansicht, die zwar in Worten die Gründung bejaht, hieraus aber in liquidatorischer Weise keine Konsequenzen zieht und die Existenz der Partei leugnet,
- die Krittelei an einzelnen linken und rechten Fehlern der Partei, ohne in der Partei und der RG positiv und solidarisch dagegen mitzukämpfen.
- die Ansicht, eine 'prinzipienfeste Einheit auf höherer Ebene' herstellen zu müssen. Liquidatorisch gehen diese Genossen davon aus, die ideologische Einheit abseits der Klassenkämpfe und ohne die Führung der Partei herstellen zu können,
- die Ansicht, die den Blick nicht auf die revolutionäre Zukunft richtet, in verbohrter und unverantwortlicher Weise keine Konsequenzen aus der ZB-Politik ziehen, ja ihr sogar nachtrauern und in der einen oder anderen Form eine neue ZB-Organisation aufbauen wollen.

Die Genossen, die - aufgrund ehrlicher Kritiken und Zweifel - solche falschen Lehren ziehen -, müssen sich klarmachen, daß sie DAMIT DEM MODERNEN REVISIONISMUS IN DIE HÄNDE SPIELEN, daß sie die spalterische Politik des ZB objektiv weiterführen, daß sie weiter dazu beitragen, die Arbeiterklasse zu verwirren und daß sie vor allem auch verhindern, daß die Genossen den revolutionären Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie und für die Diktatur des Proletariats wieder aufnehmen, aus der Lähmung und dem 'rein ideologischen' Kampf erwachen und endlich praktische Selbstkritik für ihre Fehler leisten, einen richtigen Weg einschlagen - und s o der Politik wieder das Oberkommando geben.

6. Dieser Schritt der Auflösung des KJVD hat für die gesamte marxistisch-leninistische Bewegung Westdeutschlands eine außerordentliche Bedeutung. Wir werden von jetzt an als Mitglieder der ROTEN GARDE oder Sympathisanten der KPD/ML einen verschärften Kampf aufnehmen gegen das Spaltertum verschiedener anderer Organisationen und Zirkel (insbesondere 'KPD'/AO und Kommuniqué-Zirkel). Ihr Spaltertum entspricht dem Wesen nach genau dem der ZB-Organisation, indem sie die korrekte Linie der KPD/ML ablehnen oder diffamieren; sie haben sich ebenso wie die ZB-Organisation gegen die KPD/ML gegründet und sich von Anfang an nicht glaubwürdig von ihr abgrenzen, geschweige ihr die revisionistische Entartung nachweisen können. Wir fordern die marxistisch-leninistische Jugend in diesen Organisationen auf: BEKÄMPFT DAS SPALTERTUM EURER ORGANISATIONEN, KÄMPFT AUCH BEI EUCH FÜR DIE EINHEIT IN DER ROTEN GARDE UNTER FÜHRUNG DER KPD/ML !

7. Praktisch heißt das:
a. Die BDK beschließt die AUFLÖSUNG DER SPALTERORGANISATION KJVD und übt öffentlich Selbstkritik vor der Arbeiterjugend, der Partei und allen Revolutionären außerhalb der Partei. Alle Genossen sind aufgerufen, sich auf örtlicher Ebene der Roten Garde zu unterstellen.
b. Unter Führung der Roten Garde ist es die Pflicht aller KJVD-Genossen, vor der Arbeiterklasse und der Arbeiterjugend SELBSTKRITIK für unsere bisherige spalterische und falsche Politik zu leisten. Wir werden das in der Betriebszeitung, auf Veranstaltungen und in der mündlichen Agitprop anhand der konkreten örtlichen und betrieblichen Erfahrungen mit der ZB-Politik tun.
c. Das gesamte Eigentum des KJVD geht in in Eigentum der Roten Garde über

Genossen,

VERTEIDIGEN WIR DEN MARXISMUS-LENINISMUS GEGEN OPPORTUNISMUS UND MODERNEN REVISIONISMUS !

VORWÄRTS MIT DER ROTEN GARDE !

NIEDER MIT ALLEN ALTEN UND NEUEN SPALTERN !

STÄRKEN WIR DIE PARTEI, DAS HÖCHSTE GUT UND DIE WICHTIGSTE WAFFE DES WESTDEUTSCHEN PROLETARIATS !

Mobilisieren wir die Jugend gegen den westdeutschen Militarismus, erziehen wir sie im Geiste des Kampfes um die Staatsmacht, wappnen wir sie gegen die bürgerliche Kultur, gewinnen wir ihre besten Vertreter für die Partei, für die KPD/ML !

NIEDER MIT DER DIKTATUR DER BOURGEOISIE ! FÜR DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS !

KÄMPFEN WIR FÜR EINEN ROTEN 1. MAI DER EINHEIT, DER STÄRKUNG UND DER FESTIGUNG DER KPD/ML !!!!!

P.W.

Vorwärts mit der Roten Garde! Stärkt die KPD/ML!